



Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren 380-kV-Netzverstärkung Daxlanden - Eichstetten

Teilabschnitt A,
Umspannwerk Daxlanden –
Grenze Regierungsbezirk Karlsruhe / Freiburg

1. Planänderung

Anlage 15.1 **Naturschutzrechtliche Anträge**

Vorhabenträgerin



TransnetBW GmbH

Vorderbergstr. 6 / Heilbronner Str. 35
70191 Stuttgart

Ansprechpartner

Bertram Bläschke

Manager Genehmigung

Genehmigung & Dialog

Tel. 0711 21858 3311

b.blaeschke@transnetbw.de

Erstellung naturschutzrechtliche Befreiungsanträge



**Ingenieur- und Planungsbüro
Lange GbR**

Carl-Peschken-Straße 12
47441 Moers

Ansprechpartner

Klaus Justka

Tel.: 02841 79 050

klaus.justka@langegbr.de

Anlage 15.1,
Naturschutzrechtliche
~~Befreiungsanträge~~ **Anträge**

Stand: 08.03.2021

Inhaltsverzeichnis

1	Naturschutzrechtliche Belange	7
1.1	Erläuterungen	7
1.2	Antragstellung und Rechtsgrundlagen.....	7
1.3	Datengrundlage.....	7
1.4	Schutzgebiets- und Biotopbezeichnungen.....	8
1.5	Beschreibung des Vorhabens im Rahmen der Planfeststellungsunterlagen (UVP-Bericht, LPB, Technischer Teil)	8
1.6	Eingriffsvermeidung	8
1.7	Befreiungstatbestände	9
2	Antrag auf Befreiung von den Verboten der Naturschutzgebietsverordnungen	13
2.1	NSG "Fritschlach" 2.104.....	13
2.2	NSG "Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten" 2.181	16
2.3	NSG "Tieflach und Eichenlach" 2.065	20
2.4	NSG "Bruchgraben" 2.095.....	22
2.5	NSG "Waldhägerich (3 Teilgebiete)" 2.123	25
3	Antrag auf Befreiung von den Verboten der Landschaftsschutzgebietsverordnungen.....	30
3.1	LSG "Rheinaue" 2.12.003	30
3.2	LSG "Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweier" 2.15.069	33
3.3	LSG "Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten" 2.15.061	39
3.4	LSG "Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten" 2.16.031	42
3.5	LSG "Bruchgraben" 2.11.006	44
3.6	LSG "Waldhägerich (3 Teilgebiete)" 2.16.024.....	48
4	Antrag auf Befreiung von den Verboten der Naturdenkmalsverordnungen	53
5	Antrag auf Ausnahme von den Verboten nach § 30 Abs. 2 BNatSchG, § 33 NatSchG und § 30a LWaldG (Gesetzlich geschützte Biotope).....	58
5.1	Temporäre Inanspruchnahme	58
5.2	Dauerhafte Inanspruchnahme	65
6	Antrag auf Befreiung von den Verboten der Baumschutzsatzungen	71
7	Quellenverzeichnis	73

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Übersicht Naturschutzgebiete im Trassenbereich der Freileitung	13
Tabelle 2:	Übersicht Landschaftsschutzgebiete im Trassenbereich der Freileitung	30
Tabelle 3:	Übersicht Naturdenkmäler im Trassenbereich der Freileitung	53
Tabelle 4	Gesetzlich geschützte Biotope (nach §30 BNatSchG, § 33 NatSchG BW und § 30a LWaldG) mit temporärer Betroffenheit	58
Tabelle 5	Gesetzlich geschützte Biotope (nach §30 BNatSchG, § 33 NatSchG BW und § 30a LWaldG) mit dauerhafter Betroffenheit.....	66
Tabelle 6	Weitere gesetzlich geschützte Biotope (entsprechend §30 BNatSchG, § 33 NatSchG BW und § 30a LWaldG) mit dauerhafter Betroffenheit.....	67

Abkürzungsverzeichnis

BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BW	Baden-Württemberg
kV	Kilovolt
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LSG	Landschaftsschutzgebiet
LUBW	Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg
LWaldG	Landeswaldgesetz
NatSchG	Naturschutzgesetz
NSG	Naturschutzgebiet
ÖKVO	Ökokonto-Verordnung
UIS	Umweltinformationssystem
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung

1 Naturschutzrechtliche Belange

1.1 Erläuterungen

Mit dem geplanten Bau der 380-kV-Netzverstärkung Daxlanden - Eichstetten sind Bautätigkeiten verbunden, die einer naturschutzrechtlichen Befreiung oder Ausnahme bedürfen.

Dies betrifft vor allem den Rückbau bzw. Neubau von Masten im Bereich von naturschutzrechtlichen Schutzgebieten bzw. gesetzlich geschützten Biotopen.

In der Anlage 9.2 sind im Maßstab 1:10.000 die im Bereich der geplanten Freileitungstrasse befindlichen Schutzgebiete und geschützten Biotope dargestellt.

Bei den Angaben zur Betroffenheit (siehe nachstehende Tabellen) sind jeweils die Nummern der angrenzenden Masten angegeben, dies soll der groben Orientierung über die räumliche Lage und die Ausdehnung der verschiedenen Schutzgebiete im Untersuchungsraum dienen. Die Angaben geben keine exakte Stationierung wider, sondern dass sich das jeweilige Schutzgebiet zwischen den genannten Masten befindet, nicht jedoch zwingend bis zu den Maststandorten reicht., es stellt jedoch keine exakte Stationierung dar.

1.2 Antragstellung und Rechtsgrundlagen

Das Vorhaben wird insgesamt mit den vorliegenden Planfeststellungsunterlagen beschrieben und beantragt. Nachfolgende naturschutzrechtliche Ausnahmen und Befreiungen werden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens beantragt:

- Befreiung von den Verboten der §§ 23 Abs. 2, 26 Abs. 2 und § 28 Abs. 2 BNatSchG (für die Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete und Naturdenkmäler)
- Ausnahme von den Verboten des § 30 Abs. 2 BNatSchG (für die gesetzlich geschützten Biotope nach § 30 Abs. 1 BNatSchG, § 33 NatSchG BW und § 30a LWaldG)

Die hier vorgelegten Anträge spiegeln den derzeitigen Planungs- und Kenntnisstand und stellen - gemeinsam mit den übrigen Planfeststellungsunterlagen - eine umfassende Zusammenschau der geplanten Maßnahmen dar.

Die notwendigen naturschutzrechtlichen Befreiungs- oder Ausnahmeentscheidungen werden von der Konzentrationswirkung des Planfeststellungsbeschlusses erfasst (§ 43 c EnWG i.V.m. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG). Da alle konzentrierten naturschutzrechtlichen Entscheidungen üblicherweise im Tenor des Planfeststellungsbeschlusses genannt werden, werden sie aus Gründen der Übersichtlichkeit in dieser Unterlage zusammengestellt.

1.3 Datengrundlage

Als Grundlage der naturschutzrechtlichen Befreiungsanträge dienen die allgemeinen Datengrundlagen, die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens verwendet wurden. Dies sind ins-

besondere die Daten des Umweltinformationssystems (UIS) der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW). Sie beinhalten die Schutzgebietsdaten sowie die geschützten Biotope.

1.4 Schutzgebiets- und Biotopbezeichnungen

Die Benennung der Schutzgebiete und der geschützten Biotope richtet sich nach den Daten des Umweltinformationssystems der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW). Die Bezeichnungen in den naturschutzrechtlichen Befreiungsanträgen sind mit denen des UVP-Berichts identisch.

1.5 Beschreibung des Vorhabens im Rahmen der Planfeststellungsunterlagen (UVP-Bericht, LPB, Technischer Teil)

Eine Beschreibung der relevanten Auswirkungen des Vorhabens auf die Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie geschützten Biotope erfolgt im Rahmen der Planfeststellungsunterlagen (UVP-Bericht, LBP, Technischer Teil). Diese Ausführungen stellen Grundlagenbeschreibungen und Aussagen zu den generellen Auswirkungen des Freileitungsbaus in Bezug auf die naturschutzfachlich relevanten Bereiche dar, die auch als Grundlage der naturschutzfachlichen Befreiungsanträge dienen.

Ergänzend zu den naturschutzfachlichen Befreiungsanträgen wird daher insbesondere auf den UVP-Bericht (Anlage 9), den Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anlage 14) und den Erläuterungsbericht (Anlage 1) verwiesen.

Die bauliche Umsetzung des Leitungsrückbaus und Leitungsneubaus ist im Erläuterungsbericht (Anlage 1, Kapitel 8 Bauarbeiten) im Detail beschrieben.

1.6 Eingriffsvermeidung

Nach § 15 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG sind alle vermeidbaren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Dies gilt sowohl innerhalb als auch außerhalb von Schutzgebieten.

Dem Vermeidungsgebot wird zunächst dadurch Rechnung getragen, dass für die Realisierung des Vorhabens kein Neubau, sondern ein Ersatzneubau erfolgt. Das bedeutet, dass die vorhandenen 220-kV-Höchstspannungsfreileitung überwiegend in gleicher Trasse durch eine 380-kV-Höchstspannungsfreileitung ersetzt wird. Dort, wo gewichtige Gründe gegen den Ersatzneubau in gleicher Trasse sprechen, kommt es zu kleinräumigen Abweichungen. Überwiegend erfolgt der Ersatzneubau jedoch innerhalb des bestehenden Schutzstreifens der 220-kV-Höchstspannungsfreileitung. Die Größe der dauerhaften und temporären Flächeninanspruchnahme wurde auf das technisch erforderliche Mindestmaß reduziert und räumlich so gestaltet, dass empfindliche Bereiche so weit wie möglich geschont werden.

Über diese Verminderungsmaßnahmen hinaus sind in der Anlage 14, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan, Maßnahmenblätter) zahlreiche weitere, schutzgutspezifische Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen festgelegt.

1.7 Befreiungstatbestände

Mögliche Befreiungstatbestände ergeben sich aus § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses) und § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG (unzumutbare Belastung im Einzelfall).

Nach § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG kann von den Ge- und Verboten einer Schutzgebietsverordnung auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Für eine Befreiung aus Gründen des **überwiegenden öffentlichen Interesses (§ 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG)** müssen nach der Rechtsprechung zwei Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt sein. Die der Behörde durch § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG eröffnete Möglichkeit der Befreiung setzt zum einen so vom Ordnungsgeber nicht vorausgesehenen und deshalb atypischen, singulären Fall voraus (BVerwG, U. v. 26.03.1998 – 4 A 7.97 – NuR 1998, 605; B. v. 20.02.2002 – 4 B 12.02 – NuR 2002, 351; VGH Mannheim, U. v. 13.10.2005 – 3 S 2521/04 – NuR 2006, 785; U. v. 14.03.2011 – 5 S 644/09 – NuR 2011, 434). Ist diesem Erfordernis genügt, so bedarf es grundsätzlich zusätzlich einer Abwägungsentscheidung. Der Bilanzierungsgedanke kommt im Tatbestandsmerkmal der „überwiegenden“ öffentlichen Interessen zum Ausdruck. „Überwiegen“ bedeutet, dass die Gründe des Gemeinwohls im Einzelfall so gewichtig sind, dass sie sich gegenüber dem mit der Schutzgebietsverordnung verfolgten Belangen durchsetzen (BVerwG, B. v. 20.02.2002 – 4 B 12.02 – NuR 2002, 351; VGH Mannheim, U. v. 14.03.2011 – 5 S 644/09 – NuR 2011, 434).

Eine **atypische Sondersituation** ist regelmäßig gegeben, wenn der Ordnungsgeber beim Erlass einer Schutzgebietsverordnung den Fall, der eine Befreiung erfordert, nicht gesehen hat. Die Atypik besteht darin, dass ein besonderes, bei der planerischen Abwägung für die Schutzgebietsverordnung in seiner konkreten Stärke weder berücksichtigtes noch abschätzbares Gemeinwohlinteresse eine Art Randkorrektur der planerischen Festsetzung erfordert. Ein atypischer, singulärer Fall liegt nicht vor, wenn die Erteilung der Befreiung gleichgerichtete Bauwünsche Dritter in größerem Umfang nach sich ziehen würde.

Nach diesen Maßgaben liegt hier bei allen beantragten Befreiungsfällen eine atypische Sondersituation vor, die die Erteilung von Befreiungen rechtfertigt. Die Bestandsleitung befindet sich bereits innerhalb der betroffenen Schutzgebiete. Der Ausbau der Leitung wird aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Energiewende in Deutschland erforderlich. Der bereits beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie und der beabsichtigte weitere Ausbau der erneuerbaren Energien erfordern einen Ausbau der Übertragungskapazitäten der Energieversorgungsnetze. Der Bundesgesetzgeber hat mehrere gesetzliche Vorschriften erlassen, um einen zügigen Ausbau der Übertragungsnetze zu ermöglichen. Mit Art. 1 des 2. Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze vom

23.07.2013 (BGBl. I S. 2543) wurde das Gesetz über den Bundesbedarfsplan (Bundesbedarfsplangesetz – BBPIG) erlassen. Das Gesetz stellt für die in seiner Anlage aufgeführten Vorhaben, die der Anpassung, Entwicklung und dem Ausbau der Übertragungsnetze zur Einbindung von Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen, zur Interoperabilität der Elektrizitätsnetze innerhalb der Europäischen Union, zum Anschluss neuer Kraftwerke oder zur Vermeidung struktureller Engpässe im Übertragungsnetz dienen, die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und den vordringlichen Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs als Bundesbedarfsplan gem. § 12e des Energiewirtschaftsgesetzes fest. Die Höchstspannungsleitung Daxlanden-Bühl-Kuppenheim-Eichstetten wird als Vorhaben Nr. 21 in der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPIG vom 23.07.2013 benannt. In der aktuellen Fassung des Bundesbedarfsplangesetzes wird das Vorhaben weiterhin als lfd. Nr. 21 in der Anlage 1 zu § 1 Abs. 1 BBPIG genannt.

Bei den beantragten Befreiungsfällen handelt es sich damit um so nicht vorausgesehene und deshalb atypische, singuläre Fälle (siehe ebenso für den Bau einer im Bedarfsplan nach dem Fernstraßenausbaugesetz enthaltenen Autobahn BVerwG, U. v. 26.03.1998 – 4 A 7.97 = NuR 1998, 605, 607). Der Verordnungsgeber konnte bei der Aufstellung der jeweiligen Schutzgebietsverordnung nicht vorhersehen, dass grundlegende Änderungen in der Ausbauplanung für Übertragungsnetze erfolgen, die den Übertragungsnetzbetreiber im Allgemeinwohlinteresse gesetzlich verpflichten, eine bestimmte Höchstspannungsleitung auszubauen. Die einschlägigen Schutzgebietsverordnungen wurden vor 2013 erlassen. Wären dem Verordnungsgeber bei Erlass der Schutzgebietsverordnung die heute geltenden gesetzlichen Regelungen und das besonders gewichtige Allgemeinwohlinteresse am Ausbau der Übertragungsnetze bekannt gewesen, hätte er dieses Interesse in der Abwägung bei der Aufstellung seiner Schutzgebietsverordnung berücksichtigen und entsprechende Erleichterungen (z. B. Ausnahmeregelung in der Schutzgebietsverordnung für die Ausbaumaßnahme) vorsehen müssen. Da weder das konkrete Ausbauvorhaben und vor allem nicht das besondere öffentliche Interesse an diesem Vorhaben bei Erlass der Schutzgebietsverordnung vorhersehbar waren, liegt ein atypischer Fall vor. Das konkrete Ausbauvorhaben ist auch singulär und zieht (anders als z. B. bei Windkraftanlagen) keine Vielzahl von gleichgelagerten Bauwünschen Dritter nach sich.

Für die Befreiungen streiten im konkreten Fall auch **Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses**. Gründe des öffentlichen Interesses erfassen alles, was gemeinhin unter öffentlichen Belangen zu verstehen ist. Dabei können Gemeinwohlinteressen auch von Privaten durchgeführt werden. Es ist allgemein anerkannt, dass die Sicherstellung der Energieversorgung ein öffentliches Interesse begründet, das eine Befreiungsentscheidung rechtfertigen kann. Dies folgt schon daraus, dass der Bundesgesetzgeber mit dem Bundesbedarfsplangesetz für die darin enthaltenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und ihren vordringlichen Bedarf feststellt. Die Errichtung von Vorhaben, für die der Bundesgesetzgeber die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und den vordringlichen Bedarf festgestellt hat, liegt im öffentlichen Interesse.

Die für das Vorhaben sprechenden Gemeinwohlbelange sind – schon bei abstrakt-genereller Betrachtung – auch im Sinne des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG **überwiegende** öffentliche Interessen. Mit dem Tatbestandsmerkmal der „überwiegenden“ Gründe kommt zum Ausdruck, dass die Gründe im Einzelfall besonders gewichtig sind. Solche besonders gewichtigen

öffentlichen Interessen liegen bei Ausbauvorhaben, die im Bundesbedarfsplangesetz genannt sind, wegen der gesetzlich festgestellten energiewirtschaftlichen Notwendigkeit und des vordringlichen Bedarfs zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs vor. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht für Vorhaben im vordringlichen Bedarf nach dem Fernstraßenausbaugesetz bereits mehrfach entschieden (BVerwG, U. v. 21.06.2006 – 9 A 28.05 – BVerwGE 126, 116; B. v. 18.06.2007 – 9 VR 13.06 – NuR 2008, 36, 37).

Die Erteilung der beantragten Befreiungen ist schließlich nach § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG nach einer **Abwägungsentscheidung** zwischen den überwiegenden öffentlichen Interessen an der Verwirklichung des Vorhabens und den mit der Schutzgebietsverordnung verfolgten Naturschutzbelangen geboten. Die Befreiungen sind im Sinne des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG notwendig. Dies bedeutet nicht das Vorliegen unausweichlicher Sachzwänge dergestalt, dass die Befreiung das einzig denkbare Mittel für die Verwirklichung des jeweiligen öffentlichen Zwecks sein muss. Voraussetzung ist aber, dass die Befreiung zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses „vernünftigerweise geboten“ ist, um mit Hilfe der Befreiung das Vorhaben an der vorgesehenen Stelle zu verwirklichen (VGH Mannheim, U. v. 13.10.2005 – 3 S 2521/04 – NuR 2006, 785, 788 f.). Bei Vorhaben, die im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten sind, bedarf es für die Feststellung, ob die Befreiung zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses „vernünftigerweise geboten“ ist, nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts **keiner in alle Einzelheiten gehenden Abwägung** zwischen den Gemeinwohlbelangen und den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes. Insbesondere erfordert sie auch keine Alternativenprüfung. Es genügt für die Befreiungsentscheidung, dass der gesetzlichen Bedarfsfeststellung nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung zukommt (BVerwG, U. v. 08.07.1998 – 11 A 53.97 – BVerwGE 107, 142, 145; U. v. 21.06.2006 – 9 A 28.05 – BVerwGE 126, 166, 180; B. v. 18.06.2007 – 9 VR 13.06 – NuR 2008, 36, 37).

Folge dieser Rechtsprechung ist, dass das Befreiungserfordernis in Natur- oder Landschaftsschutzgebieten bei Vorhaben, die im vordringlichen Bedarf eines Bedarfsplangesetzes genannt sind, keine weitergehenden Anforderungen an das Abwägungsgebot stellt als die Anforderungen an die Variantenabwägung, die sich bereits aus § 43 Abs. 3 EnWG ergeben.

Nach diesen Maßgaben überwiegen die öffentlichen Interessen, die für das Vorhaben sprechen, die mit der jeweiligen Schutzgebietsverordnung verfolgten Naturschutzbelange. Die Befreiungen sind vernünftigerweise geboten. Das Vorhaben beinhaltet einen Ausbau in der Bestandstrasse. Insoweit ist bei der Abwägung zu berücksichtigen, dass das Schutzgebiet bereits durch die Bestandstrasse vorbelastet ist. Diese Vorbelastungen wirken auch dann fort, wenn die bisherige Trasse verlassen wird. Da der gesetzliche Planungsauftrag besteht, zwischen Daxlanden und Eichstetten eine 380-kV-Netzverstärkung zu errichten, wäre eine Belastung des Schutzgebiets auch bei einer Änderung der Leitungsführung gegeben. Alternative Lösungen, die ohne größeren Aufwand oder langfristige Untersuchungen eine Realisierung des Vorhabens mit einer großräumigen Umfahrung des Schutzgebiets ermöglichen, sind nicht erkennbar.

Im Folgenden wird dieses aus der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts hergeleitete Abwägungsergebnis unter Berücksichtigung und Bewertung der Beeinträchtigungen der Schutzzwecke der einzelnen Schutzgebietsverordnungen noch einmal plausibilisiert.

Die Befreiungsentscheidung könnte ergänzend auch auf **§ 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG** gestützt werden, weil die Anwendung der Verbotsvorschriften der Schutzgebietsverordnung im Einzelfall zu einer **unzumutbaren Belastung** der Vorhabenträgerin führen würde (vgl. dazu VGH Mannheim, U. v. 16.03.2011 – 5 S 644/09 – NuR 2011, 434). Würde man die Verbotsvorschriften ohne Befreiung anwenden, könnte die Vorhabenträgerin die geplante Netzverstärkungsmaßnahme in der Bestandstrasse nicht durchführen, obwohl sie dazu als Übertragungsnetzbetreiberin verpflichtet ist. Durch die Aufnahme des Vorhabens in den Netzentwicklungsplan und das Bundesbedarfsplangesetz wird die allgemeine Pflicht des Übertragungsnetzbetreibers zur bedarfsgerechten Bereitstellung und zum Ausbau des Übertragungsnetzes nach § 11 Abs. 1 Satz 1 EnWG konkretisiert. Die Umsetzung einer im Netzentwicklungsplan oder im Bundesbedarfsplangesetz vorgesehenen Maßnahme kann zudem von der Bundesnetzagentur nach § 65 Abs. 2a EnWG angeordnet und ggf. per Ausschreibung ersatzweise vorgenommen werden. Wird der Übertragungsnetzbetreiber ohne jede Befreiungsmöglichkeit an der Erfüllung seiner gesetzlich vorgegebenen Verpflichtungen gehindert, stellt dies eine unzumutbare Situation dar.

Diese Grundsätze der Befreiung nach § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gelten allgemein und bedürfen keiner gebietsbezogenen Betrachtung, weil auf die Zumutbarkeit des Verzichts auf das Vorhaben für die Vorhabenträgerin abzustellen ist. Die Unzumutbarkeit ergibt sich daraus, dass das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verbotsvorschriften jeder betroffenen Schutzgebietsverordnung scheitern würde.

2 Antrag auf Befreiung von den Verboten der Naturschutzgebietsverordnungen

Nach § 23 BNatSchG sind Naturschutzgebiete (NSG) rechtsverbindlich festgelegte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen erforderlich ist.

Gemäß § 23 Abs. 2 BNatSchG sind *"alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten. Soweit es der Schutzzweck erlaubt, können Naturschutzgebiete der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden"*.

Der Untersuchungsraum des Teilabschnitts A berührt sechs Naturschutzgebiete.

Tabelle 1: Übersicht Naturschutzgebiete im Trassenbereich der Freileitung

Nummer	Name	Betroffenheit
2.104	Fritschlach	006A - 008A, 011Ac
2.181	Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten	031A - 035A, bei 037A
2.065	Tieflach und Eichenlach	547 (Anl. 7510)
2.230	Sandheiden und Dünen bei Sandweiler und Iffezheim	bei 087A
2.095	Bruchgraben	093A - 101A
2.123	Waldhagenich (3 Teilgebiete)	131A - 141A

Für die geplante 380-kV-Netzverstärkung auf dem Teilabschnitt A ist eine Befreiung von den naturschutzfachlichen Ge- und Verboten gemäß § 67 BNatSchG für den Zeitraum der Bau- maßnahme erforderlich, da im Zuge des Baugeschehens Verbotstatbestände bei den aufgeführten Schutzgebieten erfüllt werden.

Für das in der Tabelle 1 aufgeführte NSG „Sandheiden und Dünen bei Sandweiler und Iffezheim“ 2.230 ist eine derartige Befreiung nicht erforderlich, da dieses zwar im Untersuchungsraum des Vorhabens liegt, jedoch nicht durch temporär oder dauerhaft genutzte Flächen (Arbeitsflächen, Zuwegungen, Maststandorte) in Anspruch genommen wird.

2.1 NSG "Fritschlach" 2.104

Das Naturschutzgebiet "Fritschlach" (2.104) in der Stadt Karlsruhe, Stadtteil Daxlanden hat eine Gesamtgröße von rd. 83 ha.

Schutzzweck (§ 3)

Schutzzweck ist die Erhaltung der Altrheinaue des ehemaligen Rheinbogens der Mäanderzone mit den vorhandenen Primärbiotopen wie Schwimmblattgesellschaften, Röhricht-, Weich- und Hartholzauen sowie der Sekundärbiotope der ehemaligen Ton- und Kiesgruben,

Streuwiesen und angrenzenden trockenen Standorten mit ihren darin lebenden, zahlreichen, geschützten und gefährdeten Pflanzen und Tiergemeinschaften.

Das NSG wird im Bereich der Masten 006A - 008A und 011A - 012Ac auf einer Länge von ca. 870 m gequert. Hier ist der Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung (Anl. 5110) und der Ersatzneubau der 380-kV-Leitung (Anl. 7110) in bestehender Achse vorgesehen. Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der NSG-Flächen durch die Arbeitsflächen von ~~30.433 m²~~ 37.191 m² und zu einer dauerhaften Inanspruchnahme durch vier Neubaumasten (Masten 006A – 008A und 011A) von 392 m². Dem Mastneubau steht ein Rückbau von vier Masten der Bestandsleitung Anl. 5110 gegenüber (Masten 006 – 008 und 011).

Dem geplanten Vorhaben im Naturschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 4 Abs. 1 der NSG-Verordnung 2.104 Fritschlach sind in dem Naturschutzgebiet alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können. Nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 ist es insbesondere verboten, bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen.

Gemäß § 7 der Schutzgebietsverordnung kann von den Vorschriften der Verordnung nach § 63 NatSchG a.F. oder nach jagdrechtlichen Bestimmungen eine Befreiung erteilt werden.

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden nur temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen erfolgt nur durch die Neubaumasten. Dem steht der Rückbau der Bestandsmasten und die damit verbundene Entsiegelung gegenüber. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anlage 14, Anhang 2) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit die Schutzzwecke des Naturschutzgebietes beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

Erhaltung der Altrheinaue des ehemaligen Rheinbogens der Mäanderzone mit den vorhandenen Primärbiotopen wie Schwimmblattgesellschaften, Röhricht-, Weich- und Hartholzauen sowie der Sekundärbiotope der ehemaligen Ton- und Kiesgruben, Streu-

Beeinträchtigung

Der Ersatzneubau erfolgt innerhalb des Naturschutzgebietes in der Bestandsachse, in dem bereits eine regelmäßige Trassenpflege stattfindet. Eine Barrierewirkung oder Neuzerschneidung von Habitaten kann durch die Nutzung der Bestandsachse vermieden wer-

wiesen und angrenzenden trockenen Standorten mit ihren darin lebenden, zahlreichen, geschützten und gefährdeten Pflanzen und Tiergemeinschaften.

den. Die temporär genutzten Flächen werden nach Abschluss der Bauarbeiten gleichartig wiederhergestellt. Die Neubaumasten 008A und 011A werden standortgleich zu den Rückbaumasten errichtet, sodass der Eingriff weiter vermindert wird. Die Mastanzahl im NSG erhöht sich durch den Rückbau von vier Bestandsmasten nicht.

Die Neubaumast 006A nimmt einen Ackerstandort, die Neubaumasten 007A und 008A ein Gebüsch feuchter Standorte (gesetzlich geschütztes Offenlandbiotop „Feuchtgebiet Saumseen SW Daxlanden“) und der Neubaumast 011A einen Nutz-/Ziergarten in Anspruch.

Die Altrheinaue des ehemaligen Rheinbogens wird durch den Ersatzneubau in der Bestandsachse nicht überformt.

Die Neubaumasten werden außerhalb der im Schutzzweck genannten Primär- und Sekundärbiotope errichtet. Im Falle einer temporären Inanspruchnahme wird die Fläche soweit möglich wiederhergestellt. Unvermeidbare Beeinträchtigungen werden kompensiert.

Zum Schutz von Pflanzen und Tieren sind in der Anlage 14.1, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan - Textteil, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ keine Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den geringen bis mittleren Beeinträchtigungen der Schutzzwecke des Naturschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der

Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1 Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter)

Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebiets, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen wird für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten der Naturschutzgebietsverordnung „NSG Fritschlach“ 2.104 beantragt.

2.2 NSG "Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten" 2.181

Das Naturschutzgebiet "Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten" (2.181) in den Gemeinden Au am Rhein, Durmersheim und der Stadt Rheinstetten hat eine Gesamtgröße von rd. 261 ha.

Schutzzweck (§ 3)

Schutzzweck des Naturschutzgebietes ist die Erhaltung, die Sicherung und die Entwicklung

- des Federbachs als einer für die Rheinniederung typischen Bachau auf einer alten Rheinschlinge mit Schilf und Großseggenbeständen sowie Weidenbüschen, Erlen und anderen Pflanzen feuchter Standorte sowie als eines landschaftsbestimmenden und landschaftsgliedernden Elements in der Rheinebene;
- der Vielzahl an Pflanzengesellschaften in ihren typischen, naturnahen bis natürlichen Ausprägungen mit allen Varianten zwischen nassen und feuchten bis hin zu trockenen Standorten mit sämtlichen Reliktvorkommen ehemals ausgedehnter Pfeifengraswiesen-Gesellschaften und Sandrasengesellschaften auf extrem trockenen Standorten;
- der Vorkommen regional bedeutsamer Vogelarten sowie weiterer Tierarten, vor allem Insektenarten, welche an die vielfältigen Habitatstrukturen gebunden sind;
- der Vorkommen fast aller in Baden-Württemberg heimischen Amphibienarten mit einer der größten Laubfroschpopulation des Landes.

Das NSG wird im Bereich der Masten 031A - 035A und bei 037A auf einer Länge von ca. 1.100 m gequert. Hier ist der Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung (Anl. 5110) und der Ersatzneubau der 380-kV-Leitung (Anl. 7110) in bestehender Achse vorgesehen. Zudem erfolgt die Neubeseilung der 380-kV-Leitung Kühmoos – Daxlanden (Anl. 7510) der Amprion GmbH. Durch die 380-kV-Netzverstärkung Daxlanden – Eichstetten sind teilweise Maßnahmen an der parallel verlaufenden Anlage 7510 erforderlich, die Teil des Antragsgegenstandes sind. Von der Anl. 7510 befinden sich die Masten 553 und 554 innerhalb des NSG. Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der NSG-Flächen durch die Arbeitsflächen von 17.542 m² und zu einer dauerhaften Inanspruchnahme durch zwei Neubaumasten der Anl. 7110 (Masten 034A und 035A) von 312 m². Die beim Leitungsbau temporär in Anspruch genommenen Flächen sollen nach dem Bau gemäß ihrem heutigen Zustand wiederhergestellt werden. Dem Mastneubau steht ein Rückbau von zwei Masten der Bestandsleitung Anl. 5110 gegenüber (Masten 034 – 008 und 035).

Dem geplanten Vorhaben im Naturschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 4 Abs. 1 der NSG-Verordnung 2.181 Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten sind in dem Naturschutzgebiet alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung oder Veränderung im Schutzgebiet oder seines Naturhaushalts oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen oder führen können. Nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 ist es insbesondere verboten, bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen. Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 ist es untersagt, Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern.

Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 63 NatSchG a.F. Befreiung erteilt werden. Über Befreiungen im Naturschutzgebiet entscheidet die höhere, im Übrigen die untere Naturschutzbehörde (§ 11 der Schutzgebietsverordnung).

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden temporär in der Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen erfolgt nur durch die Neubaumasten. Dem steht der Rückbau der Bestandsmasten und die damit verbundene Entsiegelung gegenüber.

Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anlage 14, Anhang 2) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, in wie weit die Schutzzwecke des Naturschutzgebietes beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

des Naturschutzgebietes ist die Erhaltung, die Sicherung und die Entwicklung ...

des Federbachs als einer für die Rheinniederung typischen Bachau auf einer alten Rheinschlinge mit Schilf und Großseggenbeständen sowie Weidenbüschen, Erlen und anderen Pflanzen feuchter Standorte sowie als eines landschaftsbestimmenden und landschaftsgliedernden Elements in der Rheinebene;

der Vielzahl an Pflanzengesellschaften in ihren typischen, naturnahen bis natürlichen Ausprägungen mit allen Varianten zwischen nassen und feuchten bis hin zu trockenen Standorten mit sämtlichen Reliktvorkommen ehemals ausgedehnter Pfeifengraswiesen-Gesellschaften und Sandrasengesellschaften auf extrem trockenen Standorten;

Beeinträchtigung

Der Federbach sowie dessen Gewässerstrandstreifen wird durch das geplante Vorhaben weder temporär noch dauerhaft in Anspruch genommen. Der Ersatzneubau findet an dieser Stelle in gleicher Trasse wie die Bestandsleitung statt. Es wird somit der bestehende Schutzstreifen genutzt, der bereits einer regelmäßigen Pflege unterliegt und keine landschaftsbestimmenden und landschaftsgliedernden Elemente aufweist.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

Bei den beiden Arbeitsflächen für den Rückbau von zwei Bestandsmasten und dem Neubau zweier Masten innerhalb des NSG handelt es sich um Magerwiesen bzw. Ackerflächen. Die Neubaumasten liegen außerhalb von FFH-Lebensraumtypen oder gesetzlich geschützten Biotopen.

Die Arbeitsfläche für den Neubau des Mastes 031A, der außerhalb des NSG liegt, ragt kleinflächig in das NSG hinein. Hier handelt es sich um Acker, grasreiche ausdauernde Ruderalvegetation bzw. Ufer-Schilfröhricht. Bei dem Ufer-Schilfröhricht handelt es sich um ein gesetzlich geschütztes Biotop (§ 30 BNatSchG). Die temporäre Inanspruchnahme beträgt ca. 60 m². Die temporäre Inanspruchnahme durch die Arbeitsfläche ist unvermeidlich, da der Mast von allen Seiten angefahren werden muss.

Für den Rückbau des Mastes 037 wird das NSG temporär sehr kleinflächig im Bereich einer Fettweide mittlerer Standorte in Anspruch genommen.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

der Vorkommen regional bedeutsamer Vogelarten sowie weiterer Tierarten, vor allem Insektenarten, welche an die vielfältigen Habitatstrukturen gebunden sind;

Es kommt zu einer dauerhaften Flächeninanspruchnahme durch zwei Neubaumasten (312 m²). Dem steht der Rückbau von zwei Bestandsmasten gegenüber. Zum Schutz der verschiedenen vorkommenden Arten sind in der Anlage 14.1, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan - Textteil, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

der Vorkommen fast aller in Baden-Württemberg heimischen Amphibienarten mit einer der größten Laubfroschpopulation des Landes.

Es kommt zu einer dauerhaften Flächeninanspruchnahme durch zwei Neubaumasten (312 m²). Dem steht der Rückbau von zwei Bestandsmasten gegenüber. Zum Schutz der verschiedenen vorkommenden Arten sind in der Anlage 14.1, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan - Textteil, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den geringen Beeinträchtigungen der Schutzzwecke des Naturschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1, Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter). Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden

Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebiets, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen wird für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten der Naturschutzgebietsverordnung „NSG Rhein-niederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten“ 2.181 beantragt.

2.3 NSG "Tieflach und Eichenlach" 2.065

Das Naturschutzgebiet "Tieflach und Eichenlach" (2.065) auf dem Gebiet der Gemeinden Au am Rhein, Durmersheim und Elchesheim-Illingen im Landkreis Rastatt hat eine Gesamtgröße von rd. 10 ha.

Schutzzweck (§ 3)

Schutzzweck ist die Erhaltung einer landschaftlich besonders reizvollen ca. 1,5 km langen Flussrinne mit zum Teil altrheinartig anmutenden offenen Wasserflächen und der sie begleitenden Gehölzstreifen, Röhrichte und Feuchtwiesen als Lebensraum seltener Tier- und Pflanzengesellschaften.

Das NSG wird im Bereich des Masts 547 der Anlage 7510 auf einer Länge von ca. 90 m gequert. Hier ist lediglich die Umbeseilung auf der 380-kV-Leitung (Anl. 7510) auf den bestehenden Mastgestängen vorgesehen. Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der NSG-Flächen durch die Arbeitsfläche an Mast 547 von 872 m². Zu einer dauerhaften Inanspruchnahme kommt es nicht.

Dem geplanten Vorhaben im Naturschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 4 Abs. 1 der NSG-Verordnung 2.065 "Tieflach und Eichenlach" sind in dem Naturschutzgebiet alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können. Nach § 4 Abs. 2 Pkt. b ist es insbesondere verboten, "... *Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern*".

Gemäß § 7 der Schutzgebietsverordnung kann von den Vorschriften der Verordnung nach § 63 NatSchG a.F. eine Befreiung erteilt werden.

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Die Arbeitsfläche wird nur temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend wird die Fläche entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme erfolgt nicht. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wie-

derherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anlage 14, Anhang 2) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit die Schutzzwecke des Naturschutzgebietes beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

Erhaltung der landschaftlich besonders reizvollen Flussrinne mit zum Teil altrheinartig anmutenden offenen Wasserflächen und der sie begleitenden Gehölzstreifen, Röhrichte und Feuchtwiesen als Lebensraum seltener Tier- und Pflanzengesellschaften.

Beeinträchtigung

Die Umbeseilung erfolgt auf der Bestandsleitung. Die temporär genutzten Flächen werden nach Abschluss der Bauarbeiten gleichartig wiederhergestellt.

Die Flussrinne wird durch die Arbeitsfläche nicht tangiert.

Die Arbeitsfläche nimmt im Schutzgebiet temporär einen kleinen Teil des gewässerbegleitenden Gehölzstreifens in Anspruch. Nach der temporären Inanspruchnahme wird die Fläche gleichartig wiederhergestellt. Das verbleibende Defizit wird an anderer Stelle kompensiert.

Zum Schutz der von Pflanzen und Tieren sind in der Anlage 14.1, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan - Textteil, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den geringen Beeinträchtigungen der Schutzzwecke des Naturschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1, Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter). Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebiets, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen wird für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten der Naturschutzgebietsverordnung "NSG Tieflach und Eichenlach" 2.065 beantragt.

2.4 NSG "Bruchgraben" 2.095

Das Naturschutzgebiet "Bruchgraben" (2.095) in der Stadt Baden-Baden hat eine Gesamtgröße von rd. 185 ha.

Schutzzweck (§ 3)

Wesentlicher Schutzzweck für das Naturschutzgebiet ist:

1. die Erhaltung eines Abschnitts der feuchten Talaue der Kinzig-Murg-Rinne aus ökologischen sowie naturgeschichtlichen Gründen;
2. die Erhaltung und Förderung des Vegetationsmosaiks der unterschiedlich feuchten Standorte mit ihren typischen und zunehmend gefährdeten Pflanzenarten;
3. die Erhaltung und Förderung der hieran angepassten bzw. hierauf angewiesenen Tierarten, die zum großen Teil gefährdet oder vom Aussterben bedroht sind.

Das NSG wird im Bereich der Masten 093A - 094A, 095A - 102A auf einer Länge von ca. 2.400 m gequert. Hier ist der Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung (Anl. 5110) und der Ersatzneubau der 380-kV-Leitung (Anl. 7110) in nahezu gleicher Achse (die Masten 100A und 101A werden seitlich um ca. 15 m verschoben) vorgesehen. An dieser Stelle ist eine niedrigere, jedoch breitere Mastgeometrie aufgrund der Anforderungen der Flugsicherheit erforderlich. Um die Sicherheitsabstände zu den parallel verlaufenden Freileitungen einhalten zu können, ist die kleinräumige seitliche Verschiebung notwendig. Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der NSG-Flächen durch die Arbeitsflächen von 39.853 m² und zu einer dauerhaften Inanspruchnahme durch acht Neubaumasten (Masten 093A – 094A und 096A – 101A) von 1.189 m². Die beim Leitungsbau temporär in Anspruch genommenen Flächen sollen nach dem Bau gemäß ihrem heutigen Zustand wiederhergestellt werden. Dem Mastneubau

steht ein Rückbau von acht Masten der Bestandsleitung Anl. 5110 gegenüber (Masten 093 – 094 und 096 – 101).

Dem geplanten Vorhaben im Naturschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 4 Abs. 1 der NSG-Verordnung 2.095 Bruchgraben sind in dem Naturschutzgebiet alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können. Nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 ist es insbesondere verboten, bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen. Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 ist es untersagt, Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern.

Von den Vorschriften der Verordnung kann nach jagdrechtlichen Bestimmungen oder nach § 63 NatSchG a.F. für das Naturschutzgebiet vom Regierungspräsidium Karlsruhe und für das Landschaftsschutzgebiet von der unteren Naturschutzbehörde Befreiung erteilt werden (§ 10 der Schutzgebietsverordnung).

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden nur temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen erfolgt nur durch die Neubaumasten. In dem Teil des NSG, das nördlich der Bundesstraße B 500 liegt, erfolgt i.S. der Eingriffsverminderung ein standortgleicher Neubau der Masten. Dem steht der Rückbau der Bestandsmasten und die damit verbundene Entsiegelung gegenüber. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anlage 14, Anhang 2) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit die Schutzzwecke des Naturschutzgebietes beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

die Erhaltung eines Abschnitts der feuchten Talaue der Kinzig-Murg-Rinne aus ökologischen sowie naturgeschichtlichen Gründen;

Beeinträchtigung

Durch die Bestandsleitung, die mit einer nahezu trassengleich ersatzneugebaut wird (mit Ausnahme einer Verschiebung um ca. 15 m zwischen den Masten 099A – 102A) sowie die parallel verlaufenden Hochspannungsfreileitungen Anl. 438 der DB Energie und Anl. 1450 der Netze BW besteht bereits eine Überprägung der Talaue und seiner

ökologischen und naturgeschichtlichen Bedeutung. Die Mastanzahl innerhalb des NSG erhöht sich nicht.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

die Erhaltung und Förderung des Vegetationsmosaiks der unterschiedlich feuchten Standorte mit ihren typischen und zunehmend gefährdeten Pflanzenarten;

Die temporär genutzten Flächen werden nach Abschluss der Bauarbeiten gleichartig wiederhergestellt. Der Ersatzneubau erfolgt innerhalb des Schutzstreifens der Bestandsleitung, in dem bereits eine regelmäßige Trassenpflege stattfindet. Die Grundwasserhältnisse werden durch das Vorhaben nicht dauerhaft beeinflusst.

Vier Neubaumasten befinden sich innerhalb gesetzlich geschützter Offenlandbiotope (Mast 096A: Röhrichte und Großseggenriede im Norden des NSG 'Bruchgraben'; Mast 098A: Nasswiesen im nördlichen Teil des NSG "Bruchgraben"; Mast 100A: Feuchtgebüsche und Großseggen-Riede im NSG "Bruchgraben" westlich der B500; Mast 101A: Feuchtgebüsche und Großseggen-Riede im NSG "Bruchgraben" westlich der B500). Bei den Masten 096A und 098A wird der Eingriff durch den standortgleichen Neubau der Masten vermindert.

⇒ mittlere Beeinträchtigungen zu erwarten

die Erhaltung und Förderung der hieran angepassten bzw. hierauf angewiesenen Tierarten, die zum großen Teil gefährdet oder vom Aussterben bedroht sind.

Es kommt nur zu einer kleinflächigen dauerhaften Flächeninanspruchnahme durch acht Neubaumasten. Dem steht der Rückbau von acht Bestandsmasten gegenüber. Eine Barrierewirkung oder Neuerschneidung von Habitaten erfolgt durch den Ersatzneubau im bestehenden Schutzstreifen nicht. Zum Schutz der verschiedenen vorkommenden Arten sind in der Anlage 14, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den geringen bis mittleren Beeinträchtigungen der Schutzzwecke des Naturschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1, Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter). Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebiets, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen wird für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten der Naturschutzgebietsverordnung „NSG Bruchgraben“ 2.095 beantragt.

2.5 NSG "Waldhägenich (3 Teilgebiete)" 2.123

Das Naturschutzgebiet "Waldhägenich (3 Teilgebiete)" (2.123) in der Stadt Bühl und den Gemeinden Bühlertal und Ottersweier besteht aus drei Teilgebieten mit einer Gesamtgröße von rd. 266 ha. Von dem geplanten Vorhaben wird nur das Teilgebiet „Hägenichwald, Breithurster Wäldchen und umgebende Wiesen“ mit einer Größe von rd. 240 ha berührt.

Schutzzweck (§ 3)

Schutzzweck für das Teilgebiet „Hägenichwald, Breithurster Wäldchen und umgebende Wiesen“ sind

1. die Erhaltung der durch Grünland geprägten Kulturlandschaft als Brut-, Nahrungs- und Rastbiotop für die in den Wiesenlandschaften des Oberrheingebietes heimische, zunehmend bedrohte Tierwelt,
2. die Erhaltung der artenreichen, von unterschiedlichen Feuchtstufen bestimmten Wiesenvegetation,
3. die Erhaltung der Niedermoorstandorte im Waldhägenich und die Förderung ihrer naturnahen Bestockung,
4. die Erhaltung des Waldes als Brut- und Nahrungsbiotop von Waldvögeln, insbesondere Höhlenbrütern,
5. die Erhaltung des Waldes in seiner Bedeutung für den Klimaausgleich und den Grundwasserschutz.

Das NSG wird im Bereich der Masten 133A - 139A auf einer Länge von ca. 1.350 m gequert. Hier ist der Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung (Anl. 5110) und der Ersatzneubau der 380-kV-Leitung (Anl. 7110) in bestehender Achse vorgesehen. Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der NSG-Flächen durch die Arbeitsflächen von 30.686 m² und zu einer dauerhaften Inanspruchnahme durch vier Neubaumasten (Masten 134A – 135A und 137A – 138A) von 629 m². Die beim Leitungsbau temporär in Anspruch genommenen Flächen sollen nach dem Bau gemäß ihrem Zustand wiederhergestellt werden. Dem Mastneubau steht ein Rückbau von vier Masten der Bestandsleitung Anl. 5110 gegenüber (Masten 134 – 135 und 137 - 138).

Dem geplanten Vorhaben im Naturschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 4 Abs. 1 der NSG-Verordnung 2.123 Waldhägenich sind in dem Naturschutzgebiet alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können. Nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 ist es insbesondere verboten, bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen. Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 ist es untersagt Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern.

Von den Vorschriften der Verordnung kann nach § 63 NatSchG a.F. oder nach jagdrechtlichen Bestimmungen eine Befreiung erteilt werden (§ 10 der Schutzgebietsverordnung).

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden nur temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen erfolgt nur durch die Neubaumasten. Dem steht der Rückbau der Bestandsmasten und die damit verbundene Entsiegelung gegenüber. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs-

und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anlage 14.1, Anhang 2) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit die Schutzzwecke des Naturschutzgebietes beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

die Erhaltung der durch Grünland geprägten Kulturlandschaft als Brut-, Nahrungs- und Rastbiotop für die in den Wiesenlandschaften des Oberrheingebietes heimische, zunehmend bedrohte Tierwelt,

Beeinträchtigung

Der Neubaumast 134A befindet sich auf einer Ackerfläche. Bei den Arbeitsflächen handelt es sich ebenfalls um Acker oder Fettwiesen mittlerer Standorte.

Bei Neubaumast 135A handelt es sich um eine Fettwiese mittlerer Standorte. Für die Arbeitsfläche wird ebenfalls überwiegend eine Fettwiese mittlerer Standorte und kleinflächig eine Land-Schilfröhrichtfläche in Anspruch genommen.

Der Neubaumast 137A und die Arbeitsfläche liegen vollständig auf einer Fettwiese mittlerer Standorte.

Bei Neubaumast 138A und der Arbeitsfläche handelt es sich überwiegend um eine Fettwiese mittlerer Standorte und teilweise um Acker.

Keine der dauerhaft oder temporär genutzten Flächen ist als gesetzlich geschütztes Biotop klassifiziert.

Es erfolgt kein erheblicher dauerhafter Verlust von Grünlandflächen. Den vier Neubaumasten steht die gleiche Anzahl an Rückbaumasten entgegen. Die temporär genutzten Grünlandflächen werden nach Abschluss der Bauarbeiten wiederhergestellt.

Zum Schutz der verschiedenen vorkommenden Arten sind in der Anlage 14, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

die Erhaltung der artenreichen, von unterschiedlichen Feuchtstufen bestimmten Wiesenvegetation,	Es erfolgt kein erheblicher dauerhafter Verlust von Grünlandflächen (siehe oben). ⇒ keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten
die Erhaltung der Niedermoorstandorte im Waldhagen und die Förderung ihrer naturnahen Bestockung,	Die Arbeitsflächen und Maststandorte liegen außerhalb von Niedermoorflächen ⇒ keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten
die Erhaltung des Waldes als Brut- und Nahrungsbiotop von Waldvögeln, insbesondere Höhlenbrütern	Es erfolgt keine Waldinanspruchnahme im NSG. ⇒ keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten
die Erhaltung des Waldes in seiner Bedeutung für den Klimaausgleich und den Grundwasserschutz.	Es erfolgt keine Waldinanspruchnahme im NSG. ⇒ keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den maximal geringen Beeinträchtigungen der Schutzzwecke des Naturschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1, Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter). Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebietes, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung

scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen wird für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten der Naturschutzgebietsverordnung „NSG Waldhägenich“ 2.123 beantragt.

3 Antrag auf Befreiung von den Verboten der Landschaftsschutzgebietsverordnungen

Nach § 26 BNatSchG sind Landschaftsschutzgebiete (LSG) rechtsverbindlich festgelegte Gebiete in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Gemäß Abs. 2 sind in einem Landschaftsschutzgebiet unter besonderer Beachtung des § 5 Abs. 1 und nach Maßgabe näherer Bestimmungen alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Der Untersuchungsraum des Teilabschnitts A berührt sechs Landschaftsschutzgebiete.

Tabelle 2: Übersicht Landschaftsschutzgebiete im Trassenbereich der Freileitung

Nummer	Name	Betroffenheit
2.12.003	Rheinaue	bei 006A, bei 008A, 010A, 012A - 015A
2.15.069	Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweier	1012A, 015A - 019A, bei 021A, 561A, 024A - 030A
2.15.061	Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten	030A - 033A
2.16.031	Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten	036A - 038A
2.11.006	Bruchgraben	094A - 095A
2.16.024	Waldhagenich (3 Teilgebiete)	132A - 133A, 135A - 137A, 139A - 142A

Für die geplante 380-kV-Netzverstärkung auf dem Teilabschnitt A ist eine Befreiung von den naturschutzfachlichen Ge- und Verboten gemäß § 67 BNatSchG für den Zeitraum der Baumaßnahme erforderlich, da im Zuge des Baugeschehens Verbotstatbestände bei den aufgeführten Schutzgebieten erfüllt werden.

Hinweis: Für die Landschaftsschutzgebiete „Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten“ 2.15.061 und „Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten“ 2.16.031 gilt dieselbe LSG-Verordnung.

3.1 LSG "Rheinaue" 2.12.003

Das Landschaftsschutzgebiet "Rheinaue" 2.12.003 hat eine Gesamtgröße von rd. 637 ha.

Schutzzweck

Ein Schutzzweck wird in der LSG-Verordnung nicht benannt.

Das LSG wird im Bereich der Masten bei 006A, bei 008A, 010A, 012A - 015A auf einer Länge von ca. 1.100 m gequert. Hier ist der Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung (Anl. 5110) und der Ersatzneubau der 380-kV-Leitung (Anl. 7110) vorgesehen. Von Mast 006A – 013A erfolgt der Ersatzneubau in bestehender Achse. Von dort aus ist eine Verschiebung gegenüber der Bestandsachse um ca. 30 m nach Nordwesten vorgesehen. In diesem Abschnitt kommt

es auch zum Umbau der parallel verlaufenden Leitungen, die ebenfalls vom Siedlungsrand von Forchheim nach Nordwesten abgerückt werden. Es handelt sich um die Mitnahme der 110-kV-Leitung der Netze BW (Anl. 1450), die auf dem Gestänge der Ersatzneubauleitung (Anl. 7110) mitgenommen wird sowie die Verschiebung der 380-kV-Leitung der Amprion / TransnetBW (Anl. 7510).

Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der LSG-Flächen durch die Arbeitsflächen von ~~72.658 m²~~ **80.505 m²** und zu einer dauerhaften Inanspruchnahme von 1.521 m² durch folgende Neubaumasten:

- Anl. 7110: vier Neubaumasten (Masten 010A, 012A, 013A, 015A)
- Anl. 7510: zwei Neubaumasten (Masten 569A, 571A)

Die beim Leitungsbau temporär in Anspruch genommenen Flächen sollen nach dem Bau gemäß ihrem Zustand wiederhergestellt werden. Dem Mastneubau steht ein Rückbau von folgenden Masten gegenüber:

- Anl. 7110: fünf Rückbaumasten (Masten 010, 012, 013, 014, 015)
- Anl. 7510: drei Rückbaumasten (Masten 569, 570, 571)
- Anl. 1450: drei Rückbaumasten (Masten 1013, 1014, 1015)
- 20-kV-Leitung: vier Rückbaumasten (Masten 009, 010, 0111, 012)

Dem geplanten Vorhaben im Landschaftsschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 3 LSG-Verordnung Rheinaue sind in dem Landschaftsschutzgebiet Änderungen verboten, welche die Landschaft verunstalten oder die Natur schädigen oder den Naturgenuss beeinträchtigen. Nach § 4 Abs. 1 bedürfen Maßnahmen, die geeignet sind, eine der in § 3 genannten Wirkungen hervorzurufen, der vorherigen schriftlichen Erlaubnis des Bürgermeisteramtes. Der Erlaubnis bedürfen insbesondere Errichtung von Anlagen, die nach der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung bauliche Anlagen sind oder als solche gelten, auch wenn sie keiner baurechtlichen Entscheidung bedürfen; das gleiche gilt für die der Errichtung gleichgestellten Maßnahmen (§ 4 Abs. 2 Nr. 1) sowie das Verlegen von ober- und unterirdischen Leitungen aller Art sowie Aufstellen von Masten und Unterstützungen, soweit nicht bereits Nr. 1 Anwendung findet, (§ 4 Abs. 2 Nr. 3).

Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die beabsichtigte Maßnahme Wirkungen der in § 3 genannten Art nicht zur Folge hat. Sie ist mit Auflagen oder Bedingungen zu erteilen, wenn dadurch solche Wirkungen abgewendet werden können; zur Sicherstellung der Erfüllung der Auflagen kann Sicherheitsleistung verlangt werden. In den übrigen Fällen ist die Erlaubnis zu versagen. Will das Bürgermeisteramt entgegen der Stellungnahme des Kreisbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege eine Erlaubnis erteilen, so ist zuvor die Weisung des Regierungspräsidiums als höhere Naturschutzbehörde einzuholen (§ 4 Abs. 3).

Soweit für Bauvorhaben die Zustimmung des Regierungspräsidiums als höhere Verwaltungsbehörde erforderlich ist, muss auch die Zustimmung des Regierungspräsidiums als höhere Naturschutzbehörde eingeholt werden (§ 4 Abs. 4).

Nachdem die Erlaubnisvoraussetzungen nach § 4 LSG-Verordnung nicht vorliegen, ist eine Befreiung nach § 67 BNatSchG erforderlich.

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen erfolgt durch die Neubaumasten. Dem steht der Rückbau der Bestandsmasten und die damit verbundene Entsiegelung gegenüber. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan - Textteil (Anlage 14.1, Anhang 2) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Für das Landschaftsschutzgebiet sind keine spezifischen Schutzzwecke benannt. Auch wenn die Neubaumasten außerhalb von Gehölzflächen geplant sind, erfolgt durch die Schutzstreifenverschiebung westlich von Forchheim eine dauerhafte und durch die Arbeitsflächen eine temporäre Inanspruchnahme von Gehölzflächen. Dadurch sind mittlere Beeinträchtigungen auf den Naturhaushalt und geringe Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes zu erwarten.

Der Beeinträchtigung des Landschaftsschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den mittleren Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1, Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter). Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebiets, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung

scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen wird für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten § 3 der Landschaftsschutzgebietsverordnung „LSG Rheinaue“ 2.12.003 sowie hilfsweise Erlaubnisse nach § 4 Abs. 4 der Landschaftsschutzgebietsverordnung beantragt.

3.2 LSG "Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweiler" 2.15.069

Das Landschaftsschutzgebiet "Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweiler" 2.15.069 hat eine Gesamtgröße von rd. 450 ha.

Schutzzweck (§ 3 Abs. 1)

Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes ist die Sicherung, Erhaltung und Entwicklung

- a) der für die Rheinniederung charakteristischen Landschaftselemente mit den prägenden Biotopstrukturen wie Röhrichte, Riede, Gehölz- und Gewässerkomplexe, Waldbestände und Wiesen unterschiedlicher Ausprägung, insbesondere den Feucht- und Streuobstwiesen, sowie weiteren schutzwürdigen Lebensräumen mit ihrer Vielzahl schutzbedürftiger Pflanzen- und Tierarten;
- b) der vielfältigen, zum Teil bedrohten Lebensgemeinschaften der Tier- und Pflanzenwelt der Rheinniederung wie z.B. per Feuchtwiesen, Röhrichte, Weidengebüsche, Gewässer und Wälder, geprägt insbesondere durch die wechselnden Grundwasserstände und das System der Schluten;
- c) eines Verbundes naturnaher Biotopstrukturen innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Flur durch Maßnahmen der Biotopvernetzung, der Flächenextensivierung, des Zulassens der Sukzession und gezielter Artenschutzmaßnahmen;
- d) der Waldbestände;
- e) des für die Rheinniederung charakteristischen Landschaftsbildes, geprägt einerseits durch reichhaltig strukturierte, andererseits durch offene Landschaftsräume. Für erstere ist insbesondere die Sicherung und Entwicklung von Biotopstrukturen wie Gehölze, Waldränder, Streuobstwiesen und Feuchtgebietskomplexe, für letztere insbesondere die Sicherung der flächigen Wiesen im Verbund mit landschaftsprägenden Baumweiden von Bedeutung. Die Sicherung, Erhaltung und Entwicklung des charakteristischen Landschaftsbildes erfolgt auch unter dem Aspekt der Erholungsvorsorge.

Das LSG wird im Bereich der Masten bei 015A - 019A, bei 021A, 022A - 030A auf einer Länge von ca. 2.480 m gequert. Hier ist der Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung (Anl. 5110) und der Ersatzneubau der 380-kV-Leitung (Anl. 7110) vorgesehen. Im Abschnitt von Mast 015A – Mast 021A ist eine Verschiebung gegenüber der Bestandsachse um ca. 30 m nach Nordwesten vorgesehen. In diesem Abschnitt kommt es auch zum Umbau der parallel verlau-

fenden Leitungen, die ebenfalls vom Siedlungsrand von Forchheim nach Nordwesten abgerückt werden. Es handelt sich um die Mitnahme der 110-kV-Leitung der Netze BW (Anl. 1450), die auf dem Gestänge der Ersatzneubauleitung (Anl. 7110) mitgenommen wird sowie die Verschiebung der 380-kV-Leitung der Ampriem / TransnetBW (Anl. 7510). Im anschließenden Abschnitt von Mast 021A – 030A erfolgt der Ersatzneubau in bestehender Achse.

Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der LSG-Flächen durch die Arbeitsflächen von ~~122.987 m²~~ **128.282 m²** und zu einer dauerhaften Inanspruchnahme von 2.272 m² durch folgende Neubaumasten:

- Anl. 7110: neun Neubaumasten (Masten 017A, 019A, 021A, 024A, 025A, 026A, 028A – 030A)
- Anl. 7510: vier Neubaumasten (Masten 561A, 563A, 565A, 567A)

Die beim Leitungsbau temporär in Anspruch genommenen Flächen sollen nach dem Bau gemäß ihrem Zustand wiederhergestellt werden. Dem Mastneubau steht ein Rückbau von folgenden Masten gegenüber:

- Anl. 7110: neun Rückbaumasten (Masten 019, 021, 024 – 030)
- Anl. 7510: sechs Rückbaumasten (Masten 561, 563, 565, 566, 567, 568)
- Anl. 1450: ein Rückbaumast (Masten 1019)
- 20-kV-Leitung: drei Rückbaumasten (Masten 013, 016, 018)

Dem geplanten Vorhaben im Landschaftsschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 5 LSG-Verordnung Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweier sind in dem Landschaftsschutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt wird;
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört wird;
3. eine im Sinne des § 3 geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert wird;
4. das Landschaftsbild nachhaltig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt wird;
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.

Gemäß § 7 Abs. 1 bedürfen Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde. Der Erlaubnis bedarf es insbesondere bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen (§ 7 Abs. 2 Nr. 2) oder Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern (§ 7 Abs. 2 Nr. 3).

Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 5 genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlung dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen (§ 7 Abs. 3).

Nach § 11 der Schutzgebietsverordnung kann von den Vorschriften dieser Verordnung nach § 63 NatSchG a.F. durch die untere Naturschutzbehörde eine Befreiung erteilt werden.

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden nur temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen erfolgt nur durch die Neubaumasten. Dem steht der Rückbau der Bestandsmasten und die damit verbundene Entsiegelung gegenüber. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anlage 14, Anhang 2) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit die Schutzzwecke des Landschaftsschutzgebietes beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes ist die Sicherung, Erhaltung und Entwicklung...

der für die Rheinniederung charakteristischen Landschaftselemente mit den prägenden Biotopstrukturen wie Röhrichte, Riede, Gehölz- und Gewässerkomplexe, Waldbestände und Wiesen unterschiedlicher Ausprägung, insbesondere den Feucht- und Streuobstwiesen, sowie weiteren schutzwürdigen Lebensräumen mit ihrer Vielzahl schutzbedürftiger Pflanzen- und Tierarten;

Beeinträchtigung

Durch den Ersatzneubau in der Bestandstrasse bzw. westlich von Forchheim leicht versetzt, wird überwiegend der bestehende Schutzstreifen genutzt. Dort befinden sich aufgrund der regelmäßigen Trassenpflege keine landschaftsbildprägenden Gehölze.

Lediglich im Falle der Schutzstreifenverlagerung westlich von Forchheim kommt es zur randlichen Inanspruchnahme von Waldflächen.

Sofern charakteristische Offenlandbiotope in Anspruch genommen werden, werden diese nach Abschluss der Bauphase i.d.R. gleichartig und gleichwertig wiederhergestellt. Lediglich die kleinflächigen Neubaumaststandorte können nicht wiederhergestellt werden. Dem steht jedoch der Rückbau von Masten in vergleichbarem Umfang gegenüber.

Zum Schutz der von Pflanzen und Tieren sind in der Anlage 14, Anhang 2 (Land-

schaftspflegerischer Begleitplan, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ geringe bis mittlere Beeinträchtigungen zu erwarten

der vielfältigen, zum Teil bedrohten Lebensgemeinschaften der Tier- und Pflanzenwelt der Rheinniederung wie z.B. per Feuchtwiesen, Röhrichte, Weidengebüsche, Gewässer und Wälder, geprägt insbesondere durch die wechselnden Grundwasserstände und das System der Schluten;

Der Ersatzneubau erfolgt westlich von Forchheim leicht ersetzt zur Bestandstrasse und ab Mast 021A in der Bestandstrasse, die bereits einer regelmäßigen Trassenpflege unterliegt.

An den Rückbaumasten 566 und 568 wird ein gesetzlich geschütztes Biotop (Sukzession bei Forchheim) temporär und am Neubaumast 017A (Magerrasen W Forchheim im 'Altrheingewann') temporär und dauerhaft in Anspruch genommen. Durch die Schutzstreifenverschiebung westlich von Forchheim werden die gesetzlich geschützten Waldbiotop (Sukzession bei Forchheim und Mischwald NO Dammfeldsiedlung) über das bisherige Maß hinaus in Anspruch genommen.

Die temporär genutzten Flächen werden nach Abschluss der Bauarbeiten gleichartig wiederhergestellt.

Zum Schutz der von Pflanzen und Tieren sind in der Anlage 14.1, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan - Textteil, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

Erhebliche Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt sind durch die Neu- und Rückbaumaßnahmen nicht zu erwarten.

⇒ mittlere Beeinträchtigungen zu erwarten

eines Verbundes naturnaher Biotopstrukturen innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Flur durch Maßnahmen der Biotopvernetzung, der Flächenextensivierung, des

Der Ersatzneubau erfolgt westlich von Forchheim leicht ersetzt zur Bestandstrasse und ab Mast 021A in der Bestandstrasse, die bereits einer regelmäßigen Trassenpflege unterliegt. Es erfolgt keine Zerschneidung

Zulassens der Sukzession und gezielter Artenschutzmaßnahmen;

bisher unzerschnittener Räume oder Habitate. Der Wald westlich von Forchheim wird randlich in Anspruch genommen.

Die Durchgängigkeit des Biotopverbunds wird nicht erheblich beeinträchtigt.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

der Waldbestände;

Zu einer randlichen Waldinanspruchnahme kommt es westlich von Forchheim zwischen Mast 569A und 565A. Es handelt sich dort um Schwarzerlen-Eschen-Wald (teilweise gesetzlich geschütztes Biotop) und Buchen-Wald basenarmer Standorte.

In den übrigen Waldbereichen erfolgt der Ersatzneubau in der Bestandstrasse, wo bereits eine Wuchshöhenbeschränkung besteht. Der Schutzstreifen wird hier nicht verändert.

⇒ mittlere Beeinträchtigungen zu erwarten

des für die Rheinniederung charakteristischen Landschaftsbildes, geprägt einerseits durch reichhaltig strukturierte, andererseits durch offene Landschaftsräume. Für erstere ist insbesondere die Sicherung und Entwicklung von Biotopstrukturen wie Gehölze, Waldränder, Streuobstwiesen und Feuchtgebietskomplexe, für letztere insbesondere die Sicherung der flächigen Wiesen im Verbund mit landschaftsprägenden Baumweiden von Bedeutung. Die Sicherung, Erhaltung und Entwicklung des charakteristischen Landschaftsbildes erfolgt auch unter dem Aspekt der Erholungsvorsorge.

Das Landschaftsbild ist durch die bestehende, ersatzneuzubauende 220-kV-Leitung (Anl. 5110) sowie die parallel verlaufenden Hoch- und Höchstspannungsfreileitungen, insbesondere die 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Kühmoos – Daxlanden (Anl. 7510), bereits stark anthropogen überprägt.

Im Bereich des bestehenden Schutzstreifens, der überwiegend genutzt wird, befinden sich aufgrund der regelmäßigen Trassenpflege keine landschaftsbildprägenden Gehölze. Westlich von Forchheim wird der die Trassenachse und somit auch der Schutzstreifen verlagert, sodass es zur randlichen Inanspruchnahme des Waldes kommt.

Darüber hinaus beschränkt sich die dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen auf die kleinflächigen Neubaumaststandorte. Dem

steht ein vergleichbarer Mastrückbau gegenüber.

Die temporär genutzten Flächen werden nach Abschluss der Bauarbeiten gleichartig wiederhergestellt. Die Offenlandflächen können dabei i.d.R. gleichartig und gleichwertig wiederhergestellt werden.

Der Ersatzneubau in gleicher oder überwiegend gleicher Trasse in Parallellage zu bestehenden Hoch- und Höchstspannungsfreileitungen stellt eine Minderungsmaßnahme zur Beeinträchtigung des Landschaftsbildes dar.

Die Beeinträchtigungen bestehen aus der randlichen Waldinanspruchnahme und der Erhöhung der Masten.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung des Landschaftsschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den geringen bis mittleren Beeinträchtigungen des Schutzzweckes des Landschaftsschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1, Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter).

Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden Gründe zu. Auf

der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebiets, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen werden für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten § 5 der Landschaftsschutzgebietsverordnung „LSG Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweier“ 2.15.069 sowie hilfsweise Erlaubnisse nach § 7 Abs. 1 der Landschaftsschutzgebietsverordnung beantragt.

3.3 LSG "Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten" 2.15.061

Das Landschaftsschutzgebiet "Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten" 2.15.061 hat eine Gesamtgröße von rd. 51 ha.

Schutzzweck (§ 6)

Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes ist die Sicherung des Schutzgegenstandes und die Verwirklichung des Schutzzweckes der Naturschutzflächen durch Schaffung von Pufferzonen sowie Vernetzungs- und Ergänzungsbereichen für die freilebende Tier- und Pflanzenwelt mit der Erhaltung der naturräumlichen Vielfalt der Landschaft, der landwirtschaftlich genutzten Flächen mit ihrer vielgestaltigen Nutzungsintensität und der darauf kleinteilig strukturierten naturnahen Biotopenelemente sowie der Erhaltung der betroffenen Fluren zur Erholung für die ortsansässige Bevölkerung.

Das LSG wird im Bereich der Masten 030A - 033A auf einer Länge von ca. 720 m gequert. Hier ist der Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung (Anl. 5110) und der Ersatzneubau der 380-kV-Leitung (Anl. 7110) in gleicher Achse vorgesehen. Zudem kommt es zur Umbeseilung der parallel verlaufenden 380-kV-Leitung (Anl. 7510).

Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der LSG-Flächen durch die Arbeitsflächen von 28.110 m² und zu einer dauerhaften Inanspruchnahme durch zwei Neubaumasten (Masten 031A und 032A) von 290 m².

Die beim Leitungsbau temporär in Anspruch genommenen Flächen sollen nach dem Bau gemäß ihrem Zustand wiederhergestellt werden. Dem Mastneubau steht ein Rückbau von zwei Masten (Masten 031 und 032) gegenüber.

Dem geplanten Vorhaben im Landschaftsschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 7 LSG-Verordnung Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten sind in dem Landschaftsschutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt wird;
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört wird;
3. eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert wird;
4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt wird;
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.

Gemäß § 7 Abs. 1 bedürfen Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde. Der Erlaubnis bedarf es insbesondere bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen (§ 8 Abs. 2 Nr. 1) oder Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern (§ 8 Abs. 2 Nr. 2).

Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 7 genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlung dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen (§ 7 Abs. 3).

Von den Vorschriften der Verordnung kann nach § 63 NatSchG eine Befreiung erteilt werden. (§ 11 der Schutzgebietsverordnung).

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen erfolgt durch die Neubaumasten. Dem steht der Rückbau der Bestandsmasten und die damit verbundene Entsiegelung gegenüber. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan - Textteil (Anlage 14.1, Anhang 2 Maßnahmenblätter) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit die Schutzzwecke des Landschaftsschutzgebietes beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

Sicherung des Schutzgegenstandes und die Verwirklichung des Schutzzweckes der Naturschutzflächen durch Schaffung von Pufferzonen sowie Vernetzungs- und Ergänzungsbereichen für die freilebende Tier- und

Beeinträchtigung

Der Ersatzneubau erfolgt innerhalb des LSG in der Bestandstrasse, die bereits einer regelmäßigen Trassenpflege unterliegt. Es erfolgt keine Zerschneidung bisher unzerschnittener Räume oder Habitate. Die

Pflanzenwelt mit der Erhaltung der naturräumlichen Vielfalt der Landschaft, der landwirtschaftlich genutzten Flächen mit ihrer vielgestaltigen Nutzungsintensität und der darauf kleinteilig strukturierten naturnahen Biotoperelemente sowie der Erhaltung der betroffenen Fluren zur Erholung für die ortsansässige Bevölkerung.

Durchgängigkeit von Vernetzungs- und Ergänzungsbereichen wird nicht erheblich beeinträchtigt. Die Anzahl der Masten im LSG erhöht sich nicht. Gesetzlich geschützte Biotope werden innerhalb des LSG weder temporär noch dauerhaft in Anspruch genommen.

Es werden keine bisher nicht beeinträchtigte Erholungsflächen dauerhaft in Anspruch genommen. Durch die Masterrhöhungen kommt es zu einer deutlicheren Wahrnehmbarkeit der Masten.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung des Landschaftsschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den geringen Beeinträchtigungen des Schutzzweckes des Landschaftsschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1, Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter). Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebiets, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen werden für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten § 7 der Landschaftsschutzgebietsverordnung „LSG Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten“ 2.15.061 sowie hilfsweise Erlaubnisse nach § 7 Abs. 1 der Landschaftsschutzgebietsverordnung beantragt.

3.4 LSG "Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten" 2.16.031

Das Landschaftsschutzgebiet "Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten" 2.16.031 hat eine Gesamtgröße von rd. 235 ha.

Schutzzweck (§ 6)

Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes ist die Sicherung des Schutzgegenstandes und die Verwirklichung des Schutzzweckes der Naturschutzflächen durch Schaffung von Pufferzonen sowie Vernetzungs- und Ergänzungsbereichen für die freilebende Tier- und Pflanzenwelt mit der Erhaltung der naturräumlichen Vielfalt der Landschaft, der landwirtschaftlich genutzten Flächen mit ihrer vielgestaltigen Nutzungsintensität und der darauf kleinteilig strukturierten naturnahen Biotopelemente sowie der Erhaltung der betroffenen Fluren zur Erholung für die ortsansässige Bevölkerung.

Das LSG wird im Bereich der Masten 035A - 038A auf einer Länge von ca. 1.000 m gequert. Hier ist der Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung (Anl. 5110) und der Ersatzneubau der 380-kV-Leitung (Anl. 7110) in gleicher Achse vorgesehen.

Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der LSG-Flächen durch die Arbeitsflächen von 29.451 m² und zu einer dauerhaften Inanspruchnahme durch drei Neubaumasten (Masten 036A, 037A und 038A) von 530 m².

Die beim Leitungsbau temporär in Anspruch genommenen Flächen sollen nach dem Bau gemäß ihrem Zustand wiederhergestellt werden. Dem Mastneubau steht ein Rückbau von drei Masten (Masten 036, 037 und 038) gegenüber.

Dem geplanten Vorhaben im Landschaftsschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 7 LSG-Verordnung Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten sind in dem Landschaftsschutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt wird;
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört wird;
3. eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert wird;
4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt wird;
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.

Gemäß § 7 Abs. 1 bedürfen Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde.

Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 7 genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlung dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen (§ 7 Abs. 3).

Von den Vorschriften der Verordnung kann nach § 63 NatSchG a.F. eine Befreiung erteilt werden. (§ 11 der Schutzgebietsverordnung).

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen erfolgt durch die Neubaumasten. Dem steht der Rückbau der Bestandsmasten und die damit verbundene Entsiegelung gegenüber. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anlage 14, Anhang 2) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit die Schutzzwecke des Landschaftsschutzgebietes beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

Sicherung des Schutzgegenstandes und die Verwirklichung des Schutzzweckes der Naturschutzflächen durch Schaffung von Pufferzonen sowie Vernetzungs- und Ergänzungsbereichen für die freilebende Tier- und Pflanzenwelt mit der Erhaltung der naturräumlichen Vielfalt der Landschaft, der landwirtschaftlich genutzten Flächen mit ihrer vielgestaltigen Nutzungsintensität und der darauf kleinteilig strukturierten naturnahen Biotoperelemente sowie der Erhaltung der betroffenen Fluren zur Erholung für die ortsansässige Bevölkerung.

Beeinträchtigung

Der Ersatzneubau erfolgt innerhalb des LSG in der Bestandstrasse, die bereits einer regelmäßigen Trassenpflege unterliegt. Es erfolgt keine Zerschneidung bisher unzerschnittener Räume oder Habitate. Die Durchgängigkeit von Vernetzungs- und Ergänzungsbereichen wird nicht erheblich beeinträchtigt. Die Anzahl der Masten im LSG erhöht sich nicht. Gesetzlich geschützte Biotope werden innerhalb des LSG weder temporär noch dauerhaft in Anspruch genommen.

Es werden keine bisher nicht beeinträchtigte Erholungsflächen dauerhaft in Anspruch genommen. Durch die Masterhöhungen kommt es zu einer deutlicheren Wahrnehmbarkeit der Masten.

geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung des Landschaftsschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den geringen Beeinträchtigungen des Schutzzweckes des Landschaftsschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1, Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter). Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebiets, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen werden für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten § 7 der Landschaftsschutzgebietsverordnung „LSG Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten“ 2.16.031 sowie hilfsweise Erlaubnisse nach § 7 Abs. 1 der Landschaftsschutzgebietsverordnung beantragt.

3.5 LSG "Bruchgraben" 2.11.006

Das Landschaftsschutzgebiet "Bruchgraben" 2.11.006 hat eine Gesamtgröße von rd. 107 ha.

Schutzzweck (§ 3 Nr. 2)

Wesentlicher Schutzzweck für das Landschaftsschutzgebiet ist

1. die Sicherung des ökologisch notwendigen Ergänzungsraumes für das Naturschutzgebiet,

2. die Erhaltung der für die nachhaltige Sicherung des Naturschutzgebietes notwendigen Pufferzonen,
3. die Sicherung des Waldstreifens als Schutzstreifen gegen die Autobahn,
4. die Erhaltung und Förderung des aus Wäldern, Gehölzen, Sandflächen und Wiesen bestehenden und ökologisch wertvollen Lebensraums für die gefährdete Pflanzen- und Tierwelt,
5. die Erhaltung der für die landwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden.

Das LSG wird im Bereich der Masten 094A - 095A auf einer Länge von ca. 350 m gequert. Hier ist der Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung (Anl. 5110) und der Ersatzneubau der 380-kV-Leitung (Anl. 7110) in gleicher Achse vorgesehen.

Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der LSG-Flächen durch die Arbeitsflächen von 9.123 m² und zu einer dauerhaften Inanspruchnahme durch einen Neubaumast (Mast 095A) von 144 m².

Die beim Leitungsbau temporär in Anspruch genommenen Flächen sollen nach dem Bau gemäß ihrem Zustand wiederhergestellt werden. Dem Mastneubau steht ein Rückbau von einem Mast (Mast 095) gegenüber.

Dem geplanten Vorhaben im Landschaftsschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 6 LSG-Verordnung Bruchgraben sind in dem Landschaftsschutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört,
3. eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert,
4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürlichen Eigenarten der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.

Gemäß § 7 Nr. 1 bedürfen Handlungen, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen können, der schriftlichen Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde. Der Erlaubnis bedürfen insbesondere folgende Handlungen gemäß § 7 Nr. 2.3 das Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art.

Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 6 genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, unter Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlungen dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen (§ 7 Nr. 3).

Von den Vorschriften der Verordnung kann nach jagdrechtlichen Bestimmungen oder nach § 63 NatSchG für das Naturschutzgebiet vom Regierungspräsidium Karlsruhe und für das Landschaftsschutzgebiet von der unteren Naturschutzbehörde eine Befreiung erteilt werden (§ 10 der Schutzgebietsverordnung).

Da die Erlaubnisvoraussetzungen des § 7 LSG-VO jedenfalls für die Neubaumasten nicht vorliegen, ist eine Befreiung erforderlich.

Befreiungstatbestand

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden nur temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen erfolgt nur durch den Neubaumast. Dem stehen der Rückbau des Bestandsmastes und die damit verbundene Entsiegelung gegenüber. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anlage 14, Anhang 2) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit die Schutzzwecke des Landschaftsschutzgebietes beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

die Sicherung des ökologisch notwendigen Ergänzungsraumes für das Naturschutzgebiet,

die Erhaltung der für die nachhaltige Sicherung des Naturschutzgebietes notwendigen Pufferzonen,

Beeinträchtigung

Es erfolgt keine Zerschneidung bisher unzerschnittener Räume oder Habitate. Die Durchgängigkeit von Vernetzungs- und Ergänzungsbereichen wird nicht erheblich beeinträchtigt. Die Anzahl der Masten im LSG erhöht sich nicht. Gesetzlich geschützte Biotope werden innerhalb des LSG weder temporär noch dauerhaft in Anspruch genommen.

Der einzige Neubaumast befindet sich auf einer Nasswiese. Temporär werden auch Ackerflächen, weitere Wiesenflächen, Gebüsch und ein Mischwaldbestand in Anspruch genommen. Die temporär genutzten Flächen werden nach Abschluss der Bauarbeiten gleichartig wiederhergestellt.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Ersatzneubau erfolgt innerhalb des LSG in der Bestandstrasse, die bereits einer regelmäßigen Trassenpflege unterliegt. Es kommt zu keiner erheblichen Veränderung der Pufferzone um das Naturschutzgebiet.

⇒ keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten

die Sicherung des Waldstreifens als Schutzstreifen gegen die Autobahn,

Der Ersatzneubau erfolgt innerhalb des LSG in der Bestandstrasse, deren Schutzstreifen bereits mit einer Wuchshöhenbeschränkung belegt ist. Es kommt zu keiner Neuerschneidung des Waldes, der als Schutzstreifen zur Bundesautobahn BAB 5 dient.

⇒ keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten

die Erhaltung und Förderung des aus Wäldern, Gehölzen, Sandflächen und Wiesen bestehenden und ökologisch wertvollen Lebensraums für die gefährdete Pflanzen- und Tierwelt,

Der Ersatzneubau erfolgt innerhalb des LSG in der Bestandstrasse, die bereits einer regelmäßigen Trassenpflege unterliegt. Es erfolgt keine Zerschneidung bisher unzerschnittener Räume oder Habitate. Die Durchgängigkeit von Vernetzungs- und Ergänzungsbereichen wird nicht erheblich beeinträchtigt. Gesetzlich geschützte Biotope werden innerhalb des LSG weder temporär noch dauerhaft in Anspruch genommen. Zum Schutz der empfindlichen Biotope und Habitate sind in der Anlage 14, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

die Erhaltung der für die landwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden.

Es kommt zu keiner erheblichen dauerhaften Inanspruchnahme von Böden. Der einzige Neubaumast ist an der Stelle geplant, wo sich befindet der Bestandsmast. Auf den temporär genutzten Arbeitsflächen finden keine Tiefbauarbeiten statt. Nach Abschluss der Bauarbeiten sind die temporär in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Flächen wieder uneingeschränkt nutzbar.

⇒ keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung des Landschaftsschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird

ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den geringen Beeinträchtigungen des Schutzzweckes des Landschaftsschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch die vorgenannten Maßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist.

Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebiets, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen werden für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten § 6 der Landschaftsschutzgebietsverordnung „LSG Bruchgraben“ 2.11.006 sowie hilfsweise Erlaubnisse nach § 7 Abs. 1 der Landschaftsschutzgebietsverordnung beantragt.

3.6 LSG "Waldhägenich (3 Teilgebiete)" 2.16.024

Das Landschaftsschutzgebiet "Waldhägenich (3 Teilgebiete)" 2.16.024 hat eine Gesamtgröße von rd. 281 ha.

Schutzzweck (§ 3 Abs. 4)

Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes ist

1. die Sicherung des ökologisch notwendigen Ergänzungsraumes der umschlossenen Naturschutzgebiete für deren charakteristische Lebensgemeinschaften,
2. die Schaffung einer Pufferzone für die umschlossenen Naturschutzgebiete,
3. die Erhaltung der landschaftlichen Eigenart und Vielfalt des Naturraumes in Mittelbaden,

4. die Erhaltung der charakteristischen Landschaftsstrukturen des Raumes wie Heckenzüge, Waldränder, Einzelbäume, Baumgruppen und Baumreihen, Röhricht- und Hochstaudensäume entlang von Gräben und Kanälen,
5. die Erhaltung der für die Landwirtschaft gut nutzbaren Böden und der natürlichen Bodenfruchtbarkeit.

Das LSG wird im Bereich der Masten 132A - 133A, 135A - 137A, 139A - 142A auf einer auf einer Länge von ca. 1.910 m gequert. Hier ist der Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung (Anl. 5110) und der Ersatzneubau der 380-kV-Leitung (Anl. 7110) in gleicher Achse vorgesehen.

Es kommt zu einer temporären Inanspruchnahme der LSG-Flächen durch die Arbeitsflächen von 88.987 m² und zu einer dauerhaften Inanspruchnahme durch sechs Neubaumasten (Masten 132A, 132B, 133A, 139A, 140A, 141A) von 1.054 m².

Die beim Leitungsbau temporär in Anspruch genommenen Flächen sollen nach dem Bau gemäß ihrem Zustand wiederhergestellt werden. Dem Mastneubau steht ein Rückbau von sechs Masten (Masten 1132, 133, 136, 139, 140, 141) gegenüber.

Dem geplanten Vorhaben im Landschaftsschutzgebiet stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 6 LSG-Verordnung Waldhägenich sind in dem Landschaftsschutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört,
3. die geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert,
4. das Landschaftsbild nachhaltig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.

Gemäß § 7 Abs. 1 bedürfen Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde. Der Erlaubnis bedürfen insbesondere die Errichtung von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen (§ 7 Abs. 2 Nr. 1) oder das Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art (§ 7 Abs. 2 Nr. 3).

Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 6 genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, unter Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlungen dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen (§ 7 Abs. 3).

Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 63 NatSchG a.F. oder nach jagdrechtlichen Bestimmungen eine Befreiung erteilt werden (§ 10 der Schutzgebietsverordnung).

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Da die Erlaubnisvoraussetzungen des § 6 LSG-VO für die Neubaumasten nicht vorliegen, ist eine Befreiung erforderlich.

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden nur temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen erfolgt nur durch die Neubaumasten. Dem steht der Rückbau der Bestandsmasten und die damit verbundene Entsiegelung gegenüber. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anlage 14, Anhang 2) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit die Schutzzwecke des Landschaftsschutzgebietes beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

Beeinträchtigung

die Sicherung des ökologisch notwendigen Ergänzungsraumes für das Naturschutzgebiet,

Der Ersatzneubau erfolgt in der Bestandssachse innerhalb des vorhandenen Schutzstreifens. Eine Neuzerschneidung des Landschaftsschutzgebietes findet nicht statt.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

die Erhaltung der für die nachhaltige Sicherung des Naturschutzgebietes notwendigen Pufferzonen,

Der Erhaltung der für die nachhaltige Sicherung des Naturschutzgebietes notwendigen Pufferzonen, die bisher nicht vorbelastet sind, steht das Vorhaben nicht entgegen.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

die Sicherung des Waldstreifens als Schutzstreifen gegen die Autobahn,

Das geplante Vorhaben nimmt die Waldfläche, die als Schutzstreifen gegen die Autobahn dient, nicht in Anspruch.

⇒ keine Beeinträchtigungen zu erwarten

die Erhaltung und Förderung des aus Wäldern, Gehölzen, Sandflächen und Wiesen bestehenden und ökologisch wertvollen Lebensraums für die gefährdete Pflanzen- und Tierwelt,

Es erfolgt keine Zerschneidung bisher unzerschnittener Räume oder Habitate. Der Ersatzneubau erfolgt in der Bestandstrasse und somit im bestehenden Schutzstreifen, der einer regelmäßigen Trassenpflege unterliegt. Nur am Rückbaumast 136 wird durch eine Arbeitsfläche ein nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschütztes Offenlandbiotop (Feldgehölze am Großen Hägenichsee)

randlich in Anspruch genommen. Zum Schutz der empfindlichen Biotop- und Habitats sind in der Anlage 14, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

die Erhaltung der für die landwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden.

Bei den landwirtschaftlichen Böden, die in Anspruch genommen werden, handelt es sich um Böden der Vorrangstufe I gemäß Wirtschaftsfunktionenkarte. Die temporär genutzten Flächen stehen der landwirtschaftlichen Nutzung nach Abschluss der Bauphase wieder uneingeschränkt zur Verfügung. Dem Mastneubau steht ein entsprechender Mastrückbau gegenüber. Der dauerhafte Entzug landwirtschaftlicher Fläche ist somit sehr gering.

⇒ geringe Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung des Landschaftsschutzgebietes steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den geringen Beeinträchtigungen des Schutzzweckes des Landschaftsschutzgebietes ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1, Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter). Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden

Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgebiets, das durch die Bestandsleitung vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen werden für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten § 6 der Landschaftsschutzgebietsverordnung „LSG Waldhagenich (3 Teilgebiete)“ 2.16.024 sowie hilfsweise Erlaubnisse nach § 7 Abs. 1 der Landschaftsschutzgebietsverordnung beantragt.

4 Antrag auf Befreiung von den Verboten der Naturdenkmalverordnungen

Nach § 28 BNatSchG sind Naturdenkmäler rechtsverbindlich festgelegte Einzelschöpfungen der Natur oder entsprechende Flächen bis zu fünf Hektar, deren besonderer Schutz aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit erforderlich ist.

Gemäß § 28 Abs. 2 BNatSchG sind die Beseitigung des Naturdenkmals sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturdenkmals führen können, nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten.

Der Untersuchungsraum des Teilabschnitts A berührt drei Naturdenkmäler.

Tabelle 3: Übersicht Naturdenkmäler im Trassenbereich der Freileitung

Nummer	Name	Betroffenheit
82151080001	Hammwiese	nicht betroffen (östlich 024A) 561A (Anl. 7510)
82151080002	Gierle-Schlut	559 (Anl. 7510)
82151080003	Holzlach	025A 560 (Anl. 7510)

Für die geplante 380-kV-Netzverstärkung auf dem Teilabschnitt A ist für die beiden Naturdenkmäler 'Hammwiese', 'Gierle-Schlut' und 'Holzlach' eine Befreiung von den naturschutzfachlichen Ge- und Verboten gemäß § 67 BNatSchG für den Zeitraum der Baumaßnahme erforderlich, da im Zuge des Baugeschehens Verbotstatbestände bei den aufgeführten Schutzgebieten erfüllt werden.

~~Für das in der Tabelle 3 aufgeführte Naturdenkmal 'Hammwiese' ist eine Befreiung nicht erforderlich, da dieses zwar im Untersuchungsraum liegt und von der Ersatzneubauleitung überspannt wird, jedoch nicht durch temporär oder dauerhaft genutzte Flächen in Anspruch genommen wird.~~

Beide Die drei vom Vorhaben betroffene Naturdenkmäler liegen innerhalb des LSG "Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweiler" und sind mit diesem in einer gemeinsamen Verordnung unter Schutz gestellt.

Das flächenhafte Naturdenkmal "Hammwiese" hat eine Größe von rd. 3,3 ha. Das flächenhafte Naturdenkmal "Gierle-Schlut" hat eine Größe von rd. 2,5 ha. Das flächenhafte Naturdenkmal "Holzlach" hat eine Größe von rd. 2,3 ha.

Schutzzweck (§ 4 Abs. 1) des flächenhaften Naturdenkmals "Hammwiese" ist die Erhaltung und Entwicklung des Biotopkomplexes, bestehend z.B. aus unterschiedlich strukturierten Wiesen, Seggen-, Binsen- und Hochstaudenbeständen, Röhrichten sowie Temporär- und Dauergewässern als Lebensraum für z.T. gefährdete Pflanzen- und Tierarten, wie z.B. Teich- und Sumpfrohrsänger, Wasserralle, Teichralle, Bekassine, Springfrosch, Laubfrosch, Erdkröte, Knoblauchkröte, Breitflügelfledermaus, Mops- oder Teichfledermaus, Kleinabendsegler,

Feuerlibelle, Gemeine Winterlibelle, Kurzflügelige Schwertschrecke, Feldgrille und Grüne Strandschrecke.

Schutzzweck (§ 4 Abs. 2) des flächenhaften Naturdenkmals "Gierle-Schlut" ist die Erhaltung und Entwicklung einer landschaftsprägenden Schlute mit ihren charakteristischen Biotoptypen, wie z.B. Röhrichen, Seggenrieden, Hochstaudenfluren, eines Grabens mit Aufweitungen, Baum- und Strauchweiden, Gebüsch und Bäumen als Lebensraum für z.T. gefährdete Arten wie z.B. Teich- und Sumpfrohrsänger, Springfrosch, Laubfrosch und Kurzflügelige Schwertschrecke.

Schutzzweck (§ 4 Abs. 3) des flächenhaften Naturdenkmals "Holzlach" ist die Erhaltung und Entwicklung einer landschaftsprägenden Schlute mit ihren charakteristischen Biotoptypen, wie z.B. Röhrichen, Seggenrieden, Hochstaudenfluren, eines Grabens, Baum- und Strauchweiden, Erlen-Galeriewäldern und Gebüsch als Lebensraum für z.T. gefährdete Tier- und Pflanzenarten wie z.B. Sumpf-Haarstrang, Teich- und Sumpfrohrsänger, Neuntöter, Zwergmaus, Moorfrosch, Kurzflügelige Schwertschrecke, Bauchige Winkelschnecke und zahlreichen gefährdeten Laufkäfer- und Spinnenarten wie z.B. Rötlicher Scheibenhalsschnellläufer und Dunkler Buntschnellläufer.

Das flächenhafte Naturdenkmal "Hammwiese" wird von den Arbeitsflächen für Mast 561A der Anl. 7510 auf einer Fläche von ca. 398 m² temporär in Anspruch genommenen.

Das flächenhafte Naturdenkmal "Gierle-Schlut" wird von der Arbeitsfläche an Mast 559 der Anl. 7510 auf einer Fläche von ca. 520 m² sowie randlich durch Zuwegungen temporär in Anspruch genommenen.

Das flächenhafte Naturdenkmal "Holzlach" wird randlich von den Arbeitsflächen für Mast 025A und Mast 560 der Anl. 7510 auf einer Fläche von ca. 290 99 m² temporär in Anspruch genommenen.

Dem geplanten Vorhaben stehen die Verbote der Schutzgebietsverordnung entgegen. Gemäß § 6 der Schutzgebietsverordnung sind in den flächenhaften Naturdenkmälern alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Veränderung oder nachhaltigen Störung im Schutzgebiet oder seines Naturhaushalts oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen oder führen können. Neben dem Verbot, "*Pflanzen [...] zu beschädigen ...*" (§ 6 Abs. 2 Nr. 1) ist insbesondere das Verbot "*... bauliche Maßnahmen durchzuführen und vergleichbare Eingriffe vorzunehmen, wie [...] Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern ...*" (§ 6 Abs. 3 Nr. 2) für das Vorhaben einschlägig.

Nach § 11 der Schutzgebietsverordnung kann von den Vorschriften dieser Verordnung nach § 63 NatSchG durch die untere Naturschutzbehörde eine Befreiung erteilt werden.

Befreiung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses

Die Arbeitsflächen und Zuwegungen werden temporär für die Bauphase in Anspruch genommen. Anschließend werden die Flächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands gleichartig wiederhergestellt. Eine dauerhafte Inanspruchnahme der flächenhaften Naturdenkmale erfolgt nicht. Der verbleibende Eingriff, der nicht durch Wiederherstellungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann, wird über Ersatzmaßnahmen kompensiert. Alle Maßnahmen (Schutz-

, Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs-, Ausgleichs-, Gestaltungs- und Ersatzmaßnahmen) sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan - Textteil (Anlage 14.1, Anhang 2 Maßnahmenblätter) dargelegt und in den Plananlagen 14.3 und 14.6 dargestellt.

Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit die Schutzzwecke der flächenhaften Naturdenkmale beeinträchtigt werden.

Schutzzweck

Schutzzweck des flächenhaften Naturdenkmals "Hammwiese" ist die Erhaltung und Entwicklung des Biotopkomplexes, bestehend z.B. aus unterschiedlich strukturierten Wiesen, Seggen-, Binsen- und Hochstaudenbeständen, Röhrichten sowie Temporär- und Dauergewässern als Lebensraum für z.T. gefährdete Pflanzen- und Tierarten, wie z.B. Teich- und Sumpfrohrsänger, Wasserralle, Teichralle, Bekassine, Springfrosch, Laubfrosch, Erdkröte, Knoblauchkröte, Breitflügelfledermaus, Mops- oder Teichfledermaus, Kleinabendsegler, Feuerlibelle, Gemeine Winterlibelle, Kurzflügelige Schwertschrecke, Feldgrille und Grüne Strandschrecke.

Schutzzweck des flächenhaften Naturdenkmals "Gierle-Schlut" ist die Erhaltung und Entwicklung einer landschaftsprägenden Schlute mit ihren charakteristischen Biotoptypen, wie z.B. Röhrichten, Seggenrieden, Hochstaudenfluren, eines Grabens mit Aufweitungen, Baum- und Strauchweiden, Gebüsch und Bäumen als Lebensraum für z.T. gefährdete Arten wie z.B. Teich- und Sumpfrohrsänger, Springfrosch, Laubfrosch und Kurzflügelige Schwertschrecke.

Beeinträchtigung

Sofern charakteristische Offenlandbiotope in Anspruch genommen werden, werden diese nach Abschluss der Bauphase gleichartig und gleichwertig wiederhergestellt.

Zum Schutz der von Pflanzen und Tieren sind in der Anlage 14, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

geringe bis mittlere Beeinträchtigungen zu erwarten

Durch den Ersatzneubau in der Bestandstrasse wird der bestehende Schutzstreifen genutzt. Dort befinden sich aufgrund der regelmäßigen Trassenpflege keine landschaftsbildprägenden Gehölze.

Sofern charakteristische Offenlandbiotope in Anspruch genommen werden, werden diese nach Abschluss der Bauphase gleichartig und gleichwertig wiederhergestellt.

Zum Schutz der von Pflanzen und Tieren sind in der Anlage 14, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ geringe bis mittlere Beeinträchtigungen zu erwarten

Schutzzweck des flächenhaften Naturdenkmals "Holzlach" ist die Erhaltung und Entwicklung einer landschaftsprägenden Schlute mit ihren charakteristischen Biotoptypen, wie z.B. Röhrichen, Seggenrieden, Hochstaudenfluren, eines Grabens, Baum- und Strauchweiden, Erlen-Galeriewäldern und Gebüsch als Lebensraum für z.T. gefährdete Tier- und Pflanzenarten wie z.B. Sumpf-Haarstrang, Teich- und Sumpfrohrsänger, Neuntöter, Zwergmaus, Moorfrosch, Kurzflügelige Schwertschrecke, Bauchige Winkelschnecke und zahlreichen gefährdeten Laufkäfer- und Spinnenarten wie z.B. Rötlicher Scheibenhalsschnellläufer und Dunkler Buntschnellläufer.

Durch den Ersatzneubau in der Bestandsstrasse wird der bestehende Schutzstreifen genutzt. Dort befinden sich aufgrund der regelmäßigen Trassenpflege keine landschaftsbildprägenden Gehölze.

Sofern charakteristische Offenlandbiotope in Anspruch genommen werden, werden diese nach Abschluss der Bauphase gleichartig und gleichwertig wiederhergestellt.

Zum Schutz der von Pflanzen und Tieren sind in der Anlage 14, Anhang 2 (Landschaftspflegerischer Begleitplan, Maßnahmenblätter) wirksame Schutzmaßnahmen festgelegt.

⇒ geringe bis mittlere Beeinträchtigungen zu erwarten

Der Beeinträchtigung der flächenhaften Naturdenkmale steht ein gewichtiges öffentliches Interesse am Ersatzneubau der Höchstspannungsfreileitung zum Zwecke der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit gegenüber. Der sicheren Stromversorgung der Allgemeinheit wird ein sehr hohes Gewicht beigemessen. Das Vorhaben ist für die Verwirklichung dieses öffentlichen Interesses sowohl geeignet als auch erforderlich (vgl. Anlage 1 Erläuterungsbericht, Kap. 3).

Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) trifft für das geplante Vorhaben zu, da den geringen bis mittleren Beeinträchtigungen des Schutzzweckes der flächenhaften Naturdenkmale ein sehr hohes öffentliches Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens gegenübersteht. Der § 54 NatSchG verweist hinsichtlich der Befreiungsvoraussetzungen auf § 67 Abs. 1 BNatSchG.

Durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass eine Vereinbarkeit der Abweichung von den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege gegeben ist (s. Anlage 14.1, Landschaftspflegerischer Begleitplan- Textteil, Anhang 2 Maßnahmenblätter). Insgesamt ist damit eine Befreiung von den Verbotsvorschriften der Verordnung aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig. Das Vorhaben ist im vordringlichen Bedarf nach dem Bundesbedarfsplangesetz enthalten und damit grundsätzlich im öffentlichen Interesse vernünftigerweise geboten. Der gesetzlichen Bedarfsfeststellung kommt ein erhebliches Gewicht im Rahmen der Abwägung der für die Befreiung sprechenden Gründe zu. Auf der anderen Seite stehen lediglich geringe Beeinträchtigungen des Schutzgegenstands, der durch die Bestandsleitung bereits vorbelastet ist.

Ergänzend kann die Befreiung auf § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG gestützt werden, weil das Vorhaben ohne Befreiungsmöglichkeit an den Verboten der Schutzgebietsverordnung

scheitern würde und dieses Ergebnis für die Vorhabenträgerin nicht zumutbar ist (dazu oben Kap. 1.7).

Aus diesen Gründen werden für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG eine entsprechende Befreiung von den Verboten des § 6 der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet *"Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweier mit den flächenhaften Naturdenkmalen *"Hammwiese"* (ND-Nr. 32/1), [...]* *"Gierle-Schlut"* (ND-Nr. 32/2) und *"Holzlach"* (ND-Nr. 32/3) ..." sowie hilfsweise Erlaubnisse nach § 7 Abs. 1 der Landschaftsschutzgebietsverordnung beantragt.

5 Antrag auf Ausnahme von den Verboten nach § 30 Abs. 2 BNatSchG, § 33 NatSchG und § 30a LWaldG (Gesetzlich geschützte Biotope)

Gemäß § 30 Abs. 1 BNatSchG sind bestimmte Teile von Natur und Landschaft, die eine besondere Bedeutung als Biotope haben, gesetzlich geschützt. § 33 NatSchG BW und § 30a LWaldG erweitern den Schutz auf einige weitere Biotoptypen.

Nach § 30 Abs. 2 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser Biotope führen können, verboten. Von den Verboten des Absatzes 2 kann auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können.

Der Begriff des Ausgleichs ist dabei wie im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (vgl. § 15 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG) zu verstehen, setzt also voraus, dass das beeinträchtigte Biotop in gleichartiger Weise wiederhergestellt wird (BT-Drs. 16/12274, S. 63; Heugel, in: Lütkes/Ewer, BNatSchG, 2. Auflage 2018, § 30 Rn. 10). Es ist demnach ein Biotop desselben Typs zu schaffen, der in den standörtlichen Gegebenheiten und der Flächenausdehnung mit dem beeinträchtigten Biotop im Wesentlichen übereinstimmt.

Im Untersuchungsraum kommen zahlreiche geschützte Biotope vor. Die Angaben über die im Trassenverlauf vorkommenden gesetzlich geschützten Biotope stammen aus dem Datenbestand der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) (Stand 13.02.2018).

Die gesetzlich geschützten Biotope sind in der Plananlage 9.2 (Schutzgebiete) dargestellt.

5.1 Temporäre Inanspruchnahme

In der nachfolgenden Tabelle werden die insgesamt ~~77~~ 78 gesetzlich geschützten Biotope mit einer Gesamtfläche von ~~1.663.705~~ 1.698.554 m² aufgelistet, für die durch die temporäre Inanspruchnahme als Arbeitsfläche mit einer Fläche von insgesamt ~~94.826~~ 97.731 m² für die geplante 380-kV-Netzverstärkung eine Betroffenheit zu erwarten ist.

Tabelle 4 Gesetzlich geschützte Biotope (nach §30 BNatSchG, § 33 NatSchG BW und § 30a LWaldG) mit temporärer Betroffenheit

Biotopnummer	Biotopname	Biotopgruppe	Gesamtfläche [m ²]	davon temporär beansprucht [m ²]	Anteil [%]
169152120030	Feldgehölz und Feldhecken an Straße nach Rappenwörth	Feldhecken, Feldgehölze	9.552	1.416	14,8
169152120031	Feuchtgebiet Saumseen SW Daxlanden	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	164.596	44.283 14.237	8,7 8,6
169152120032	Kolk N Straße nach Rappenwörth	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	9.271	235	2,5

Biotopnummer	Biotopname	Biotopgruppe	Gesamtfläche [m²]	davon temporär beansprucht [m²]	Anteil [%]
170152120022	Röhricht und Seggenried in der südöstlichen Fritschlach	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	1.861	53	2,8
170152120023	Feldhecke und Magerasen in südöstlicher Fritschlach	Feldhecken, Feldgehölze	547	2	0,4
170152120024	Feldgehölz östlich Oberwald (Fritschlach)	Feldhecken, Feldgehölze	1.072	67	6,3
170152120025	Teich und Feldgehölz südliche Fritschlach	Altarme, natürliche und naturnahe Bereiche stehender Binnengewässer, Moorgewässer	14.593	103	0,7
170152120027	Feuchtgebiet Fritschlach (Süd)	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	36.174	4.090 3.374	11,3 9,3
170152150021	Schilfröhricht und Gehölze am Federbach SW Neuburgweier	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	71.605	851	1,2
170152150039	Schlute im Gewann 'Vieräcker'	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	3.457	703 684	20,3 19,8
170152150043	Feldhecken in den Gewannen 'Große Stücker' und 'Rostelwiesen'	Feldhecken, Feldgehölze	5.075	4	0,1
170152150047	Baumhecke im Gewann 'Riegelstrumpf'	Feldhecken, Feldgehölze	4.154	201	4,8
170152150048	Gehölze und Röhrichte am südlichen 'Panzer-Tankgraben'	Feldhecken, Feldgehölze	16.470	440 111	0,7
170152150049	Graben im Gewann 'Rosteläcker'	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	14.308	169	1,2
170152150053	Gehölzbestände beim Motorsportplatz	Feldhecken, Feldgehölze	12.171	1	< 0,1
170152150066	Magerrasen am Federbachdamm S Neuburgweier	Trocken- und Magerasen, Wacholder-Zwergstrauch- und Ginsterheiden	1.873	33	1,8
170152150075	Feuchtbiotop II im Gewann 'Weisreut'	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	23.815	766	3,2
170152150098	Feuchtgebiet im Gewann 'Hammwiesen'/'Lerchenrück'	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	27.488	2.230	8,1

Biotopnummer	Biotopname	Biotopgruppe	Gesamtfläche [m²]	davon temporär beansprucht [m²]	Anteil [%]
170152150101	Feuchtbrache im Gewann 'Hammwiesen'	Feldhecken, Feldgehölze	32.035	664 392	2,4 1,2
170152150106	Feldgehölz I im Gewann 'Niederholz'	Feldhecken, Feldgehölze	11.994	2	< 0,1
170152150107	Feuchtbioskop I im Gewann 'Weisreut'	Feldhecken, Feldgehölze	22.525	287 195	4,3 0,9
170152150108	Röhricht am Alten Federbach	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	18.964	49	0,3
170152150115	Baumhecke im Gewann 'Insel Aubügel'	Feldhecken, Feldgehölze	891	128	14,4
170152150127	Feldgehölz II im Gewann 'Insel Aubügel'	Feldhecken, Feldgehölze	487	18	3,7
170152150154	Magerrasen W Forchheim im 'Altrheingewann'	Trocken- und Magerasen, Wacholder-Zwergstrauch- und Ginsterheiden	5.590	3.569 3.904	63,8 69,8
170152150163	Feldgehölz an der Niederterrassenböschung N Forchheim	Feldhecken, Feldgehölze	5.945	6	0,1
170152150187	Feldhecke an der L 566 zwischen Neuburgweier und Mörsch	Feldhecken, Feldgehölze	2.065	154	7,5
170152162118	Schilfröhricht und Grauweidenbüsch im Gewann Astelseck	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	7.072	1	< 0,1
170152162129	Schilfröhricht, Weidenbüsch und Ried im NSG 'Tiefach'	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	2.487	58	2,3
170152162349	Röhrichte, Feuchtgebüsche und Riede in den Bruchwiesen	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	153.275	4.836 5.160	3,2 3,4
170152162824	Saurer Magerrasen südlich Durmersheim	Trocken- und Magerasen, Wacholder-Zwergstrauch- und Ginsterheiden	1.177	4	0,1
170152162840	Röhricht im Graben südlich des Durmersheimer Friedhofes	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	1.289	148	11,5
171152110701	Feldgehölze an der A5	Feldhecken, Feldgehölze	18.848	5.645 5.838	30,0 31,0
171152110702	Schilfröhrichte am Rand des Niederbühler Oberwaldes	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	3.748	3	0,1
171152110707	Röhrichte und Feldgehölze am ehemaligen Tiefwiesengraben	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	19.973	12	0,1

Biotopnummer	Biotopname	Biotopgruppe	Gesamtfläche [m²]	davon temporär beansprucht [m²]	Anteil [%]
171152110712	Feldhecke nördlich Landseehof	Feldhecken, Feldgehölze	6.144	<4	<0,1
171152161401	Schlehen-Feldhecke am Gewerbekanal	Feldhecken, Feldgehölze	1.349	45	3,3
171152162708	Feldhecke am Federbach westlich Muggensturm	Feldhecken, Feldgehölze	7.839	138	1,8
171152162901	Feldhecke I südlich Rauental	Feldhecken, Feldgehölze	703	3	0,4
171152162915	Schilfröhricht am Horungsgraben nordwestlich Förch	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	4.915	32	0,7
171152162958	Feldhecke südlich Rauental, Gewinn Eichert	Feldhecken, Feldgehölze	546	313	57,3
171152162959	Kirschenreiche Gehölze nordwestlich des Umspannwerks bei Rauental	Feldhecken, Feldgehölze	4.327	763 762	17,6
171152162979	Holunderreiche Feldhecken im Gewinn Geißweg östlich Ötigheim	Feldhecken, Feldgehölze	2.226	190	8,5
171152163084	Zwei Feldgehölze nördlich Rauental	Feldhecken, Feldgehölze	2.355	119	5,1
172142110085	Grauweiden-Feuchtgebüsche nördlich des Sandbach-Flutkanals	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	13.101	18	0,1
172142110823	Feuchtgebüsche und Großseggen-Riede im NSG "Bruchgraben" westlich der B500	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	26.922	5.913 6.185	22,0 23,0
172142110827	Feldgehölze nördlich des Sandbach-Flutkanals	Feldhecken, Feldgehölze	5.958	169	2,8
172142110848	Nasswiesen im NSG "Bruchgraben" westlich der B500	Streuwiesen, seggen- und binsenreiche Nasswiesen	24.280	15	0,1
172142160337	Feldgehölz an der A5 westlich Tiefenau	Feldhecken, Feldgehölze	3.764	43	1,1
172142160340	Röhrichte an Gräben östlich Tiefenau	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	3.621	37	1,0
172142160346	Nasswiesen und Seggenriede zwischen Tiefenau und Halbersung	Streuwiesen, seggen- und binsenreiche Nasswiesen	34.621	38	0,1

Biotopnummer	Biotopname	Biotopgruppe	Gesamtfläche [m²]	davon temporär beansprucht [m²]	Anteil [%]
172142160350	Feldgehölz östlich Halberstung	Feldhecken, Feldgehölze	4.259	<4	<0,1
172142160351	Hecken und Feldgehölze in der 'Bleis' südlich Halberstung	Feldhecken, Feldgehölze	9.138	43	0,5
172142160355	Nassbrachen und Nasswiesen in der 'Bleis'	Streuwiesen, seggen- und binsenreiche Nasswiesen	80.301	1.400	1,7
172142160367	Grabenbegleitende Feldhecken am Sinzheimer Klärwerk	Feldhecken, Feldgehölze	2.974	145	4,9
172142160611	Feldhecken an Überführung an der A5 bei Weitenau	Feldhecken, Feldgehölze	2.089	382	18,3
172142160614	Großseggenried in den Frohmatten	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	1.923	1.306 1.308	67,9 68,0
172142160644	Schilfröhrichte an Graben westlich Vimbuch	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	796	795	99,9
172142160672	Feldhecken an der SWEG-Bahnlinie	Feldhecken, Feldgehölze	2.025	14	0,7
172142161193	Nasswiesen am Sinzheimer Klärwerk	Streuwiesen, seggen- und binsenreiche Nasswiesen	13.073	1.372	10,5
172142161194	Hecken südlich der Deponie Sinzheim II	Feldhecken, Feldgehölze	1.585	27	1,7
172142161228	Hecken an der Autobahn westlich Vimbuch	Feldhecken, Feldgehölze	937	85	9,1
172152110824	Riede und Röhrichte im NSG 'Bruchgraben' westlich Gewann 'Eichtung'	Streuwiesen, seggen- und binsenreiche Nasswiesen	17.964	67	0,4
172152110825	Röhrichte und Großseggen-Riede im NSG Bruchgraben östlich der B500	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	78.063	2.094 2.095	2,7
172152110826	Röhrichte und Feuchtgebüsche im NSG 'Bruchgraben'	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	17.527	78	0,4
172152110827	Röhrichte und Großseggenriede im Norden des NSG 'Bruchgraben'	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	147.384	5.173 5.317	3,5 3,6

Biotopnummer	Biotopname	Biotopgruppe	Gesamtfläche [m²]	davon temporär beansprucht [m²]	Anteil [%]
172152110829	Nasswiesen und Großseggen-Riede im Norden des NSG 'Bruchgraben'	Streuwiesen, seggen- und binsenreiche Nasswiesen	195.551	1	< 0,1
172152110923	Feldgehölze im NSG "Bruchgraben"	Feldhecken, Feldgehölze	12.359	79	0,6
172152110924	Nasswiesen im nördlichen Teil des NSG "Bruchgraben"	Streuwiesen, seggen- und binsenreiche Nasswiesen	67.149	6.978 7.122	10,4 10,6
173142160050	Laufbach zwischen Flutkanal und Breithurst	Naturnahe Bruch-, Sumpf-, Auwälder	8.916	96	1,1
173142160051	Feldhecken südwestlich Breithurst	Feldhecken, Feldgehölze	5.125	176	3,4
173142160704	Feldhecke am Kleinen Hägenichsee	Feldhecken, Feldgehölze	249	90	36,1
173142160705	Feldgehölze am Großen Hägenichsee	Feldhecken, Feldgehölze	4.532	255	5,6
173142160711	Feldhecken und Röhrichte am Salzwässerle	Feldhecken, Feldgehölze	6.695	9	0,1
173142161166	Feldgehölz östlich des SLR-Flutkanals	Feldhecken, Feldgehölze	493	40	8,1
270152126129	Sukzession und Feuchtbereich NO Insel	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	44.496	6.114 5.477	13,7 12,3
270152126137	Feuchtwald N Forchheim	Naturnahe Bruch-, Sumpf-, Auwälder	22.250	606	2,7
270152126422	Feldgehölz in südliche Fritschlach NW Insel	Feldhecken, Feldgehölze	3.114	77	2,5
270152156135	Sukzession bei Forchheim	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	50.380	19.957 20.758	39,6 41,2
270152156136	Mischwald NO Dammfeldsiedlung	Nicht geschützte Biotope	15.452	2	< 0,1
270152156166	Waldinsel Rosteläcker	Nicht geschützte Biotope	24.217	1.103	4,6
273142160222	NSG "Waldhägenich" – Fischteich W Oberweier	Altarme, natürliche und naturnahe Bereiche stehender Binnengewässer, Moorgewässer	8.325	< 1	< 0,1
			1.663.705 1.698.554	94.826 97.731	

Die verschiedenen Gehölzbiotope umfassen mit ~~43.637~~ 12.441 m² nur einen kleinen Anteil (44,4 ~~12,7~~ %) an den o.a. ~~94.826~~ 97.731 m² der temporär beanspruchten gesetzlich geschützten Biotope. Den überwiegenden Anteil nehmen die gehölzfreien Biotope ein, darunter die Biotopgruppe der 'Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede und Gewässervegetation' mit ~~67.745~~ 70.130 m². Tatsächlich von Arbeitsflächen des Vorhabens betroffen (vgl. Anhang 1 (Biotopbilanz) zu Anlage 14 (Landschaftspflegerischer Begleitplan)) sind jedoch weder Moore noch Sümpfe (Biotopkürzel 31* und 32*), Röhrichtbestände (Biotopkürzel 34*) sind nur in einer Größe von ~~2.724~~ 2.720 m² von Arbeitsflächen des Vorhabens betroffen.

Eine Inanspruchnahme der gesetzlich geschützten Biotope ist nicht in jedem Fall zu vermeiden. Der weit überwiegende Teil der Arbeitsflächen wird nur oberflächlich beansprucht, zu einem Eingriff in den Boden oder einer Umlagerung des Oberbodens kommt es nur an den unmittelbaren Standorten der Neu- und Rückbaumasten. Hochwüchsige Vegetation wird vor der Inanspruchnahme abgemäht, die Krautschicht an sich wird aber nicht entfernt. Die Flächen werden nur zum Begehen bzw. Befahren, dem Abstellen von Maschinen und der Zwischenlagerung von Bauteilen benutzt. Da der Boden i.d.R. nicht ausreichend tragfähig ist, kann zur Einrichtung der Flächen außerhalb befestigter Wege der Einsatz von Lastverteilplatten als Regelbauverfahren angenommen werden.

Durch die temporäre Inanspruchnahme krautiger Biotope wie Wiesen, Riede und Röhrichte als Arbeitsfläche ohne Eingriff in den Boden sowie auch bei der Inanspruchnahme sehr kleiner Teilflächen von Gehölzen wird es häufig nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung des gesamten geschützten Biotops im Sinne des BNatSchG kommen (vgl. Endres, in: Frenz/Müggendorf, BNatSchG, 2. Aufl. 2016, § 30 Rn. 9). Der in Anspruch zu nehmende Flächenanteil liegt bei ~~26~~ 25 der ~~77~~ 78 tangierten Biotope unter 1 %, bei weiteren ~~33~~ 36 Biotopen bei < 10 %. Nur ~~48~~ 17 Biotope sind mit > 10 % betroffen.

Die Regenerationsfähigkeit insbesondere der krautigen Biotope nach dem Rückbau der Arbeitsflächen wird als günstig eingeschätzt. Zwar wird die Vegetation auf den Arbeitsflächen, wenn nach der mehrwöchigen Bauzeit die Lastverteilplatten wieder entfernt werden, oberflächlich vergilbt oder abgestorben sein, sie wird sich aus den Wurzeln jedoch schnell wieder regenerieren. Auch die Wiederherstellbarkeit von Gehölzen wird als günstig eingeschätzt, dabei muss aber zusätzlich der time lag berücksichtigt werden. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die Beeinträchtigung im Einzelfall auch die Schwelle der Erheblichkeit erreicht. Es wird daher für alle Flächen aus oben genannter Tabelle im Sinne des worst case angenommen, dass der Verbotstatbestand des § 30 Abs. 2 BNatSchG zutrifft.

Von den Verboten des § 30 Abs. 2 BNatSchG, des § 33 NatSchG BW und des § 30a Abs. 3 LWaldG sind auf Antrag nach § 30 Abs. 3 BNatSchG Ausnahmen zulässig, "wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können." Ausgeglichen ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind (§ 15 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG).

Der Eingriff in den Bestand der geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG, § 33 NatSchG BW und § 30a LWaldG wird soweit wie möglich vermindert (vgl. die schutzgutspezifischen Vermei-

dungs- und Minderungsmaßnahmen in Anhang 2 (Maßnahmenblätter) zu Anlage 14 (Landschaftspflegerischer Begleitplan). Es wird dabei grundsätzlich angestrebt, den erforderlichen Gehölzeinschlag soweit wie möglich zu reduzieren.

Nach dem Bau der Leitung werden alle temporär in Anspruch genommenen Biotopflächen ihrem Ursprungszustand entsprechend mittels geeigneter Wiederherstellungsmaßnahmen (R01 - R05) gleichartig sowie in der gesamten beanspruchten Flächengröße rekultiviert. Die Wiederherstellungsmaßnahmen sind dabei jedoch gleichermaßen für gesetzlich geschützte wie auch für sonstige Biotoptypen vorgesehen. Unter Berücksichtigung der Höhenrestriktion des Schutzstreifens werden auch eingeschlagene Gehölze gleichartig wieder angepflanzt. Die abiotischen Standortfaktoren (Grundwasserstand, Nährstoffverhältnisse, Bodenart) oder die Nutzung der Flächen werden durch die temporäre Inanspruchnahme nicht verändert, so dass damit die an die Ausgleichbarkeit zu stellenden Anforderungen erfüllt sind. Die Ausgleichbarkeit (Wiederherstellbarkeit in gleichartiger Weise) nach § 30 Abs. 3 BNatSchG wird daher bei einer temporären Inanspruchnahme generell als gegeben angesehen.

Der Begriff des Ausgleichs ist dabei wie im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zu verstehen, setzt also voraus, dass das beeinträchtigte Biotop in gleichartiger Weise wiederhergestellt wird. Es ist demnach ein Biotop desselben Typs zu schaffen, der in den standörtlichen Gegebenheiten und der Flächenausdehnung mit dem beeinträchtigten Biotop im Wesentlichen übereinstimmt.

Die Ausgleichbarkeit i.S.d. § 15 Abs. 2 BNatSchG ist damit grundsätzlich auch für solche Biotope gegeben, die längere Wiederherstellungszeiträume aufweisen, etwa ältere Gehölze und Streuobstwiesen, da hier die flächengleiche Kontinuität des Biotops an seinem Standort gewahrt bleibt und die beeinträchtigten Funktionen in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind. Der aus dem time lag aufgrund der längeren Wiederherstellungszeiträume resultierende, über die flächengleiche Wiederherstellung hinausgehende Kompensationsbedarf wird im Rahmen der Eingriffsbilanzierung in Anlage 14 (Landschaftspflegerischer Begleitplan) ermittelt und wird im Rahmen der Eingriffskompensation durch die Ersatzmaßnahmen¹ nachgewiesen (vgl. Kap. 9 in Anhang 2 (Maßnahmenblätter) zu Anlage 14 (Landschaftspflegerischer Begleitplan)).

Aus diesem Grund wird zur Errichtung der 380 kV-Netzverstärkung Daxlanden - Eichstetten, Teilabschnitt A, nach § 30 Abs. 3 BNatSchG eine Ausnahme vom Verbot des § 30 Abs. 2 BNatSchG für die in Anspruch zu nehmenden, in o.a. Tabelle 4 genannten Geschützten Biotope beantragt.

5.2 Dauerhafte Inanspruchnahme

Kleinflächig kommt es jedoch auch zu einer dauerhaften Inanspruchnahme gesetzlich geschützter Biotope durch die Errichtung von Masten.

¹ Zur Frage von eingriffsnahen Ausgleichsmaßnahmen vgl. die Ausführungen in Kap. 5.2.

Gesetzlich geschützte Biotope gem. LUBW

In der nachfolgenden Tabelle werden die insgesamt 44 [12](#) Biotopflächen aufgelistet, die durch die Errichtung von insgesamt 14 Neubaumastes für deren Fundamentfläche dauerhaft in Anspruch genommen werden und daher durch die geplante 380-kV-Netzverstärkung eine Betroffenheit gegeben ist. Da alle Masten innerhalb der Arbeitsflächen errichtet werden, sind alle Biotope zugleich auch temporär betroffen und mit diesen Flächen auch in der vorangegangenen Tabelle enthalten.

Tabelle 5 Gesetzlich geschützte Biotope (nach §30 BNatSchG, § 33 NatSchG BW und § 30a LWaldG) mit dauerhafter Betroffenheit

Biotopnummer	Biotopname	Biotopgruppe	Gesamtfläche [m²]	davon dauerhaft beansprucht [m²]	Mast-Nr.
169152120031	Feuchtgebiet Saumseen SW Daxlanden	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	164.596	208	007A 008A
170152120027	Feuchtgebiet Fritschlach (Süd)	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	36.174	227 211	012A 1012A
170152150101	Feuchtbrache im Gewann 'Hammwiesen'	Feldhecken, Feldgehölze	32.035	83 36	024A
170152150115	Baumhecke im Gewann 'Insel Aubügel'	Feldhecken, Feldgehölze	891	17	1012A
170152150154	Magerrasen W Forchheim im 'Altrheingewann'	Trocken- und Magerrasen, Wacholder- Zwergstrauch- und Ginsterheiden	5.590	161	017A
170152162349	Röhrichte, Feuchtgebüsche und Riede in den Bruchwiesen	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	153.275	324	044A
171152110701	Feldgehölze an der A5	Feldhecken, Feldgehölze	18.848	193	085A
172142110823	Feuchtgebüsche und Großseggen-Riede im NSG "Bruchgraben" westlich der B500	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	26.922	272	100A 101A
172142160614	Großseggenried in den Frohnmaten	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässervegetation	1.923	2	116A
172152110827	Röhrichte und Großseggenriede im Norden	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände,	147.384	144	096A

Biotopnummer	Biotopname	Biotopgruppe	Gesamtfläche [m ²]	davon dauerhaft bean-sprucht [m ²]	Mast-Nr.
	des NSG 'Bruch-graben'	Riede, Gewässer-vegetation			
172152110924	Nasswiesen im nördlichen Teil des NSG "Bruch-graben"	Streuwiesen, seg-gen- und binsenrei-che Nasswiesen	67.149	144	098A
270152156135	Sukzession bei Forchheim	Moore, Sümpfe, Röhrichtbestände, Riede, Gewässer-vegetation	50.380	114	015A
			704.276 705.167	1.872 1.826	

Insgesamt ~~1.872~~ **1.826** m² gesetzlich geschützte Biotope nach dem Datenbestand der LUBW werden für die Fundamente von 14 Neubaumasten dauerhaft in Anspruch genommen und können daher formal nicht als auf der Fläche gleichartig wiederhergestellt bilanziert werden, auch wenn sich real auf der Rückbaufläche der jeweils benachbarten Bestandsmasten, wenn diese innerhalb der gleichen Biotopfläche stehen, voraussichtlich der gleiche Biotoptyp entwickeln wird.

Der Anteil der dauerhaft in Anspruch genommenen Biotopfläche liegt bei 10 der o.a. Biotope jeweils bei 1 % der gesamten Biotopfläche oder deutlich darunter, nur vom **Biotop 'Baumhecke im Gewann 'Insel Aubügel'** werden 1,9 % und vom 'Magerrasen W Forchheim im Altrheingewann' werden 2,9 % beansprucht. Aufgrund dieser geringen Größen wird es nicht auf allen Flächen zu einer erheblichen Beeinträchtigung des gesamten geschützten Biotops im Sinne des BNatSchG kommen.

Biotope außerhalb der Flächenkulisse gem. LUBW

Auch außerhalb der gesetzlich geschützten Biotope in der Flächenkulisse gem. LUBW sind bei der Kartierung Biotoptypen festgestellt worden, die, z.T. in bestimmten Ausprägungen, dem gesetzlichen Schutz des § 30 BNatSchG, § 33 NatSchG BW oder § 30a LWaldG unterliegen. Auf diesen werden weitere 19 Neubaumasten errichtet und für deren Fundamentfläche dauerhaft in Anspruch genommen. Auch auf diesen Flächen ist durch die geplante 380-kV-Netzverstärkung eine Betroffenheit gegeben. Diese Flächen sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt.

Tabelle 6 Weitere gesetzlich geschützte Biotope (entsprechend §30 BNatSchG, § 33 NatSchG BW und § 30a LWaldG) mit dauerhafter Betroffenheit

Biotopkürzel	Biotoptyp	dauerhaft be-ansprucht [m ²]	Mast-Nr.
33.20, 33.23	Nasswiesen	1.084	095A, 097A, 105A, 106A, 108A, 109A, 110A, 111A, 115A
34.52, 34.60, 34.69	Röhrichte	398	099A, 569A

Biotopkürzel	Biotoptyp	dauerhaft beansprucht [m ²]	Mast-Nr.
36.62	Sandrasen	75	120A
41.22	Feldhecken	237	037A, 072A, 077A, 081AA, 120A
42.30	Gebüsche feuchter Standorte	91	001A
52.32	Schwarzerlen-Eschen-Wald	441	567A
		2.326	

Weitere 2.326 m² gesetzlich geschützte Biotope außerhalb der Flächenkulisse gem. LUBW werden für die Fundamente von 19 Neubaumasten dauerhaft in Anspruch genommen und können daher formal nicht als auf der Fläche gleichartig wiederhergestellt bilanziert werden, auch wenn sich real auf der Rückbaufläche der jeweils benachbarten Bestandsmasten, wenn diese innerhalb der gleichen Biotopfläche stehen, voraussichtlich der gleiche Biotoptyp entwickeln wird.

Kompensationsmaßnahmen Retentionsraum Bellenkopf/Rappenwört

Weitere ~~192~~ 184 m² werden für die Fundamente von ~~drei~~ **zwei** Neubaumasten (Mast Nr. 017A vollständig, 005A und 024A jeweils teilweise) dauerhaft in Anspruch genommen auf den Flächen für die geplanten Kompensationsmaßnahmen für den geplanten Retentionsraum Bellenkopf/Rappenwört (vgl. Anlage 14 Landschaftspflegerischer Begleitplan, dort Tabelle 22). Die Polder-Maßnahmen sind noch nicht umgesetzt. Zur geplanten Kompensation für den Polder liegen genauere Angaben über die an den verschiedenen Standorten geplanten Biotoptypen nicht vor bzw. sind Vorhersagen darüber, welcher Biotoptyp sich tatsächlich an den einzelnen Maßnahmenflächen etablieren wird, nicht möglich. Grundsätzlich können sich die Maßnahmen aber zu Biotoptypen entwickeln, die nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschützt sind. Die dauerhaft in Anspruch zu nehmenden Flächen der Polder-Maßnahmen werden daher präventiv wie gesetzlich geschützte Biotope außerhalb der Flächenkulisse gem. LUBW behandelt und die in Anspruch zu nehmenden Mastaufstandsflächen hier zur Befreiung beantragt.

Die Kompensation für die Inanspruchnahme gesetzlich geschützter Biotope für die Fundamentflächen der in o.a. Tabelle 5 und 6 aufgeführten 33 Neubaumasten sowie der drei Masten auf den Polder-Flächen kann in gleichartiger Weise durch die geplanten Kompensationsmaßnahmen (siehe Anlage 14 Landschaftspflegerischer Begleitplan) nachgewiesen werden.

Bei den vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen handelt es sich um

- die Entwicklung einer Wiesenknopf-Silgenwiese aus Intensivgrünland bzw. Ackerfläche auf einer Fläche von 23.810 m²

Durch diese Maßnahme ist ein den Streuwiesen, seggen- und binsenreiche Nasswiesen gleichartiger Biotoptyp auf einer erheblichen Fläche vorgesehen und damit eine gleichartige Kompensation für die Biotopgruppe der Streuwiesen, seggen- und binsenreichen Nasswiesen gegeben.

Für Biotopgruppe der Moore und Sümpfe bzw. der Trocken- und Magerrasen ist mit dieser Maßnahme eine gleichwertige Kompensation gegeben.

- die Entwicklung und Verbesserung der Biotopausstattung eines Schwarzerlen-Eschen-Waldes anteilig im Rahmen einer Ökokontomaßnahme von insgesamt über 15 ha

Durch diese Maßnahme ist eine gleichartige Kompensation für die Biotopgruppe der naturnahen Bruch-, Sumpf-, Auwälder gegeben.

- die Verbesserung der Biotopausstattung von seltenen, naturnahen Waldgesellschaften anteilig im Rahmen einer Ökokontomaßnahme von insgesamt über 50 ha, sowie die Anlage einer naturnahen Laubwoldaufforstung auf einer Fläche von 4.900 m²

Für Biotopgruppe der Feldhecken und Feldgehölzen ist mit dieser Maßnahme eine gleichwertige Kompensation gegeben.

Der an die Ausgleichbarkeit geknüpfte funktionale Zusammenhang mit den in Anspruch genommenen Biotopen ist durch die angeführten Ökokontomaßnahmen für die betroffenen Biotopflächen zwar hinsichtlich der Gleichwertigkeit, nicht jedoch hinsichtlich des räumlichen Zusammenhangs gegeben. Die an die Ersetzbarkeit im Rahmen der Eingriffskompensation geknüpften Bedingungen der Gleichwertigkeit sowie der Lage innerhalb des betroffenen Naturraums (§ 15 Abs. 2 BNatSchG) bzw. eines Nachbarnaturraums (§ 15 Abs. 1 NatSchG BW) sind mit diesen Maßnahmen jedoch gegeben.

Der Begriff des Ausgleichs ist dabei wie im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (vgl. § 15 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG) zu verstehen, setzt also voraus, dass das beeinträchtigte Biotop in gleichartiger Weise wiederhergestellt wird. Es ist demnach ein Biotop desselben Typs zu schaffen, der in den standörtlichen Gegebenheiten und der Flächenausdehnung mit dem beeinträchtigten Biotop im Wesentlichen übereinstimmt. Bei einer dauerhaften Inanspruchnahme von 1 % bzw. maximal 2,9 % der Biotopfläche gem. der Flächenkulisse der LUBW wird die flächenmäßige Kontinuität des Biotops auch mit den Neubaumasten als im Wesentlichen übereinstimmend angesehen.

Die Möglichkeit des eingriffsnahen Ausgleichs wurde geprüft. Ein eingriffsnaher Ausgleich würde zu einer Vielzahl kleinflächiger Einzelmaßnahmen führen, deren ökologische Funktion als isolierte Einzelmaßnahmen nicht vollwertig gegeben ist. Bei einer Anlage in angrenzenden Flächen sind gleichwertige standörtliche Funktionen häufig nicht gegeben. Zudem erfordern Ausgleichsmaßnahmen in der Nähe des jeweils beeinträchtigenden Maststandortes die Inanspruchnahme von Privateigentum und beanspruchen in der Regel landwirtschaftliche Nutzflächen. Die Wiederherstellung der dauerhaft in Anspruch genommenen Teile der gesetzlich geschützten Biotope sowie des auf den time lag entfallenden Anteils bei der temporären Inanspruchnahme (s.o.) in Form von einzelnen Ausgleichsmaßnahmen wird daher naturenschutzfachlich als nicht zielführend angesehen und nicht weiter verfolgt.

Wenn es nicht möglich ist, das beeinträchtigte Biotop in gleichartiger Weise wiederherzustellen, greift der allgemeine Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 BNatSchG, der alle Gebote und Verbote des BNatSchG erfasst und deshalb auch für die Regelungen über den Biotopschutz angewendet werden kann (vgl. insoweit die Gesetzesbegründung, BT-Drs. 16/12274, S. 63, im Übrigen allgemeine Meinung, vgl. D. Kratsch/D. Czybulka, in: Schumacher/Fischer-Hüftle, BNatSchG, 2. Auflage 2010, § 30 Rn. 42; Heugel, in: Lütkes/Ewer, BNatSchG, 2. Auflage 2018, § 30 Rn. 10).

Von den Ge- und Verboten des BNatSchG sowie nach dem Naturschutzrecht der Länder kann auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Aus diesem Grund wird zur Errichtung von 33 Neubaumasten für die 380 kV-Netzverstärkung Daxlanden - Eichstetten, Teilabschnitt A, nach § 67 BNatSchG aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses (vgl. Anlage 1, Erläuterungsbericht) die Befreiung vom Verbot des § 30 Abs. 2 BNatSchG für die in Anspruch zu nehmenden, in o.a. Tabelle 5 und 6 genannten Flächen der Geschützten Biotope sowie die dauerhaft in Anspruch zu nehmenden Flächen der Polder-Maßnahmen beantragt.

6 Antrag auf Befreiung von den Verboten der Baumschutzsatzungen

Gemäß § 31 Abs. 2 NatSchG BW kann sich der Schutz von Bäumen außerhalb des Waldes auch auf den Baumbestand des gesamten Gemeindegebiets oder von Teilen des Gemeindegebiets erstrecken (Baumschutzsatzung).

Im Untersuchungsraum der geplanten 380-kV-Netzverstärkung auf dem Teilabschnitt A bestehen Baumschutzsatzungen für die Gebiete der Städte Karlsruhe und Baden-Baden. In den Landkreisen Karlsruhe und Rastatt und ihren kreisangehörigen Gemeinden (mit Ausnahme von Bad Schönborn, Landkreis Karlsruhe, außerhalb des Untersuchungsraums) bestehen keine Baumschutzsatzungen.

Gemäß § 1 Abs. 1 der Satzung der Stadt Karlsruhe zum Schutz von Grünbeständen (Baumschutzsatzung) vom 8. Oktober 1996 stehen auf dem Gebiet der Stadt Karlsruhe alle Bäume, die in Höhe eines Meters über dem Erdboden einen Stammumfang von mindestens 80 cm haben, unter Schutz. Für den Schutz bestimmter Baumarten, von Obstbäumen, mehrstämmigen Bäume und Baumreihen formuliert § 1 z.T. abweichende Kriterien.

Gemäß § 1 Abs. 1 der Satzung über den Schutz von Bäumen auf dem Gebiet der Stadt Baden-Baden (Baumschutzsatzung) vom 27. Juni 2016 stehen im Stadtkreis Baden-Baden alle Bäume außerhalb des Waldes und außerhalb der nach § 30 BNatSchG und § 33 NatSchG geschützten Biotope, die in Höhe eines Meters über dem Erdboden einen Stammumfang von mindestens 100 cm haben, unter Schutz. Für den Schutz bestimmter Baumarten, von Obstbäumen und mehrstämmigen Bäume formuliert § 1 z.T. abweichende Kriterien.

Gemäß § 3 beider Satzungen sind Eingriffe in den Bestand, das Erscheinungsbild oder die natürlichen Funktionen, insbesondere das Wachstum, eines geschützten Baumes verboten.

Von den Bestimmungen dieser Satzungen ist nach § 7 (Karlsruhe) bzw. § 9 (Baden-Baden) eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG i.V.m. § 54 Abs. 1 NatSchG BW für die geplante Baumaßnahme erforderlich, da durch das Vorhaben Verbotstatbestände in beiden Gemeinden erfüllt werden.

Für das Vorhaben der geplanten 380-kV-Netzverstärkung auf dem Teilabschnitt A ist die Eingriffsbilanzierung vorgenommen worden nach den Bewertungsregeln des Bewertungsverfahrens der Ökokonto-Verordnung (ÖKVO). Diese erfolgt in der Regel im Flächenansatz, lediglich für die Biotoptypengruppe der Alleen, Baumreihen, Baumgruppen, Einzelbäume und Streuobstbestände (Biotopcode 45.***) erfolgt die Bewertung einzelstammbezogen in Abhängigkeit vom Stammdurchmesser.

Dem Schutz der Baumschutzsatzungen unterliegende Bäume können jedoch auch innerhalb der übrigen kartierten Gehölzbestände sowie von Siedlungsbiotopen, vor allem in Gärten vorkommen. Diese sind im Flächenansatz bilanziert. Eine einzelstammweise Auflistung aller in den jeweiligen Gemeindegebieten betroffener Bäume ist daher nicht möglich.

Es wird grundsätzlich angestrebt, den erforderlichen Gehölzeinschlag soweit wie möglich zu vermeiden. Ein vorhabenbedingter Einschlag von geschützten Bäumen ist jedoch nicht in jedem Fall zu vermeiden.

Nach dem Bau der Leitung werden alle temporär in Anspruch genommenen Biotopflächen ihrem Ursprungszustand entsprechend mittels geeigneter Wiederherstellungsmaßnahmen (hier: R04 - Wiederherstellung von Gehölzen des Offenlandes) gleichartig sowie in der gesamten beanspruchten Flächengröße rekultiviert. Die gleichartige Wiederherstellung ist dabei gleichermaßen für flächenhaft wie auch für einzelstammweise bilanzierte Gehölze vorgesehen. Unter Berücksichtigung der Höhenrestriktion werden auch im Schutzstreifen eingeschlagene Gehölze wieder angepflanzt. Die abiotischen Standortfaktoren (Grundwasserstand, Nährstoffverhältnisse, Bodenart) oder die Nutzung der Flächen werden durch die temporäre Inanspruchnahme nicht verändert, so dass damit die an die Ausgleichbarkeit zu stellenden Anforderungen erfüllt sind. Der aus dem time lag aufgrund der längeren Wiederherstellungszeiträume älterer Gehölze resultierende, über die flächengleiche Wiederherstellung hinausgehende Kompensationsbedarf wird im Rahmen der Eingriffsbilanzierung in Anlage 14 (Landschaftspflegerischer Begleitplan) ermittelt und wird im Rahmen der Eingriffskompensation durch Ersatzmaßnahmen nachgewiesen.

Als Kompensation eines bestandsmindernden Eingriffs in den geschützten Baumbestand kann (Karlsruhe) bzw. ist (Baden-Baden) nach § 8 (Karlsruhe) bzw. nach § 7 Abs. 1 (Baden-Baden) in angemessenem und zumutbarem Umfang eine Ersatzpflanzung standortgerechter Gehölze vorzunehmen. Das erforderliche Mindestmaß wird für Baden-Baden (§ 7 Abs. 1) konkretisiert auf einen Ersatz im Verhältnis 1:1 für jeden Baum.

Durch die o.a. gleichartige und flächengleiche Wiederherstellung wird das erforderliche Mindestverhältnis in jedem Fall erfüllt.

Aus diesem Grund werden für das geplante Vorhaben nach § 67 BNatSchG i.V.m. § 54 Abs. 1 NatSchG BW entsprechende Befreiungen von den Verboten des § 3 der Baumschutzsatzungen Karlsruhe bzw. Baden-Baden für den Einschlag geschützter Bäume im jeweiligen Gemeindegebiet beantragt.

7 Quellenverzeichnis

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert ~~durch Gesetz vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706)~~, [durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 \(BGBl. I S. 1328\)](#)

Naturschutzgesetz (NatSchG) - Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juni 2015, zuletzt geändert am 21.11.2017.

Satzung der Stadt Karlsruhe zum Schutz von Grünbeständen (Baumschutzsatzung) vom 8. Oktober 1996

Satzung über den Schutz von Bäumen auf dem Gebiet der Stadt Baden-Baden (Baumschutzsatzung) vom 27. Juni 2016

Verordnung des Bürgermeisteramtes Karlsruhe als untere Naturschutzbehörde über das Landschaftsschutzgebiet "Rheinaue" (Amtsblatt für den Stadtkreis Karlsruhe vom 19. September 1975).

Verordnung des Landratsamtes Karlsruhe über das Landschaftsschutzgebiet "Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweier" mit den flächenhaften Naturdenkmälen "Hammwiese" (ND-Nr. 32/1), "Gierle-Schlut" (ND-Nr. 32/2), "Holzlach" (ND-Nr. 32/3) und "Binzenlach" (ND-Nr. 32/5), vom 12.05.2003.

Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe als höhere Naturschutz- und obere Jagdbehörde über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet "Bruchgraben" vom 2. Dezember 1986 (GBl. v. 21.01.1987, S. 8)

Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet "Rheinniederung zwischen Au am Rhein, Durmersheim und Rheinstetten" (Landkreise Rastatt und Karlsruhe) vom 15. Juli 1994 (GBl. v. 07.09.1994, S. 446)

Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet "Waldhägenich" in Bühl, Bühlertal und Ottersweier vom 6. Dezember 1989 (GBl. v. 29.01.1990, S. 34)

Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Naturschutzgebiet "Fritschlach" vom 29. Dezember 1986 (GBl. v. 31.03.1987, S. 96)

Waldgesetz für Baden-Württemberg (LWaldG) in der Fassung vom 31. August 1995, zuletzt geändert am 26. Juni 2018